

Volksmacht

Anzeigenpreise
Die gespaltene Zeile 25 Pfg. für auswärts 30 Pfg. bis 2000 spaltene Reklamezeile 60 Pfg. Anzeigensatz und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Stichbestimmung werden besonders berechnet. Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Die Volksmacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Abonnementspreis monatlich 35 Pfg. vierteljährlich 1,00 Mk., einschließlich Frachtposten. In den Abholstellen monatlich 30 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen
Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32
Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr. 50 Danzig, Sonnabend den 15. Dezember 1917 8. Jahrgang

Für das gleiche Wahlrecht!

Die erste Lesung der drei großen preussischen Reformvorlagen im Abgeordnetenhaus liegt hinter uns. Ihr Ergebnis ist für alle Freunde des neuen und freien Preußens der Zukunft wenig ermutigend. Daß die weitaus stärkste Fraktion

die Konservativen,

mit äußerster Kraftanstrengung gegen das gleiche Wahlrecht anzutreten würden, war voraussehen. Verdanken sie doch ihre ganze Machtstellung in Preußen in allererster Linie dem schmachvollen Klassenwahlrecht! Sie wissen, daß es für sie um Sein oder Nichtsein geht und deshalb setzen sie, die patentierten „Stützen des Thrones“, alles daran, das feierliche Königsverprechen zu zerreißen wie einen wertlosen Fehlpapier. Daß zwischen ihnen und den Wahlrechtsfreunden der Kampf mit äußerster Erbitterung entbrennen würde, war voraussehen. Und auch die offen zutage getretene Feindschaft der

freikonservativen Partei

gegen das gleiche Wahlrecht nimmt nach der ganzen Vergangenheit dieser Partei nicht wunder.

Anders zu bewerten ist dagegen die Haltung des Zentrums und der Nationalliberalen.

Die Führer dieser beiden Parteien im Reichstage haben sich ausdrücklich mit jenem Programm einverstanden erklärt, dessen Durchführung die Regierung Hertling-Bayer-Friedberg auf ihre Fahne geschrieben hat. Ein Hauptstück dieses Programms war die **loyale und rasche Durchführung der preussischen Wahlreform!** Was soll man dazu sagen, wenn man erleben muß, daß wenige Wochen später die Führer der gleichen beiden Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus, die Herren Dr. Porck und Dr. Lohmann, mehr oder minder offen dem gleichen Wahlrecht Fehde ansagen? Herr Dr. Porck erklärte, daß sich nur „ein Teil“ seiner Freunde mit dem Gedanken des gleichen Wahlrechts zu befreunden vermocht habe, während Herr Dr. Lohmann gar nur für „einige“ Nationalliberale die Erklärung abgeben konnte, daß sie sich unter den Einwirkungen des Krieges mit dem gleichen Wahlrecht abgefunden hätten. Aber auch diese „Einige“ wollen dem gleichen Wahlrecht nur dann zustimmen, wenn die Vorrechte der „gebildeten Kreise des Volkes“ durch allerlei besondere Maßregeln sorgsam vor dem Uebergewicht der „Masse“ geschützt werden! So bleiben außer den dank des Klassenwahlrechts nur 10 Abgeordnete zählenden beiden sozialdemokratischen Fraktionen und einigen kleineren Parteigruppierungen nur noch die Fortschrittler mit ihren 40 Mandaten als Freunde des gleichen Wahlrechts übrig. Vollends im Herrenhause werden die guten und gesunden Grundgedanken der Regierungsvorlage ohne Zweifel auf den denkbar schroffsten Widerstand stoßen.

Und leider haben — soweit es auf den parlamentarischen Kampf ankommt — die Wahlrechtsfeinde, deren Redner von der Osten am 7. Dezember im Abgeordnetenhaus sogar

vor offenen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht nicht zurückgeschreckt,

nur allzu günstige Aussichten für das Gelingen ihrer Pläne. Die drei Vorlagen sind gegen den entschiedenen Widerspruch der Linken nur einer einzigen Kommission überwiesen worden, deren Beratungen sich, wenn es nach dem Willen der Konservativen geht,

viele Monate hinziehen

sollen. Hat Herr von Heydebrand doch in nur allzu leicht durchschaubarer Absicht heute schon angekündigt, die konservative Partei werde unter allen Umständen auf der „Grundschiffen und sorgsamsten Präzision“ der Vorlagen in der Kommission bestehen. Mit anderen Worten: die konservativen wollen der Wahlreform das Schicksal der Kanavorlage beizulegen, die bekanntlich mit Hilfe ähnlicher Verschleppungsmanöver

niemals

zustande gekommen ist! Zunächst geht das Ziel der Wahlrechtsfeinde darauf hinaus, die Erledigung der Vorlagen

mindestens bis nach dem Friedensschluß hinauszuziehen. Sie sind davon überzeugt, daß dann so zahlreiche und schwierige Fragen finanzpolitischer, wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Art zu erledigen sein werden, daß das Interesse für die Wahlreform dadurch völlig in den Hintergrund gedrängt wird.

So will man die so oft schon betrogenen Massen des preussischen Volkes abermals um ihr gutes Recht pressen!

Dieser schmachvolle Plan der Ritter von der eisernen Stirn kann nur dadurch zunichte gemacht werden, daß

das preussische Volk selbst auf die Bühne tritt.

In machtvollen Kundgebungen müssen überall in Preußen die Massen zusammenströmen, um ihrem Willen Gehör zu verschaffen!

Diesem Willen und den unabweisbaren Bedürfnissen des preussischen Volkes entspricht auch die Regierungsvorlage nach keineswegs. Anerkannt werden muß, daß die Regierungsvorlage nicht nur mit den ebenso veralteten wie bössartigen Einrichtungen der öffentlichen und indirekten Wahl aufräumt, sondern auch den infamsten Schandfleck des heutigen Wahlrechts, die Dreiklassenschande, kurzerhand beseitigt. Diesen großen und bedeutungsvollen Fortschritten stehen aber auf der anderen Seite eine Reihe von Verschlechterungen des gegenwärtigen Zustandes gegenüber. Diese Verschlechterungen wurden in die Vorlage hineingearbeitet, um auf diese Weise die Rechte zu verfühnen, ihrem Widerstand die Spitze abzubrechen. Wie die Ergebnisse der ersten Lesung gezeigt haben, ist dieser Zweck keineswegs erreicht worden.

Worin bestehen die Bestimmungen der Vorlagen, die, ohne die Rechte zu verfühnen, auch die Genugtuung der Linken an dem Reformwerk sehr stark beeinträchtigen?

Da ist zunächst die — von einer winzigen Konzession abgesehen — völlige

Aufrechterhaltung der alten Wahlkreiseinteilung.

Diese stammt noch aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts und sichert den agrarischen Bezirken des Ostens ein dauerndes Uebergewicht über die Großstädte und Industriebezirke. Wie kann ein ernstes Reformwerk am Schlusse des zweiten Jahrzehnts des zwanzigsten Jahrhunderts, im vierten Jahre des Weltkrieges eine Wahlkreiseinteilung beibehalten wollen, die aus einer Zeit stammt, in der Preußen fast noch ein reiner Agrarstaat war, in der seine industrielle Entwicklung noch in den Kinderschuhen steckte!

Noch schlimmer ist die Heraussetzung des Wahlrechtsalters vom 24. auf das 25. Lebensjahr.

In diesem Kriege haben zahllose junge Leute von siebzehn, achtzehn und neunzehn Jahren Leben und Gesundheit für Deutschlands Rettung in die Schanze geschlagen. Und nun sollen diese vielleicht als Krüppel heimkehrenden jungen Krieger noch 6 bis 8 Jahre lang nicht „reif“ genug sein, das Wahlrecht auszuüben!

Die schlimmste Neuerung aber ist — von kleineren Schönheitsfehlern abgesehen — die Bestimmung, daß man statt wie bisher ein halbes Jahr künftig

ein ganzes Jahr

in einer Gemeinde (in Berlin sogar in einem Wahlbezirk) gewohnt haben muß, um wählen zu dürfen. Das ist ein

schweres Unrecht gegen das arbeitende Volk,

das durch Arbeitslosigkeit und andere Schicksalschläge des Wirtschaftslebens in viel höherem Grade als die bestehenden Klassen zum häufigen Wechsel seiner Arbeitsstätten und damit seiner Wohnplätze gezwungen ist. Ganz besonders schlimm würde die Neuerung

alle Kriegsteilnehmer treffen,

von denen Hunderttausende nach Friedensschluß genötigt sein werden, fern von der alten Heimat Lohn und Brot zu suchen. So bedeutet die Neuerung eine brutale Entrechtung gerade derer, die jetzt mit ihren Leibern Deutschland und Preußen schützen!

Aufs schärfste zu verurteilen ist auch das Fehlen des Frauenwahlrechts

in der Regierungsvorlage. Dieser Krieg wäre niemals durchzuführen gewesen ohne das aufopfernde Eintreten vieler Millionen von Frauen an die Stelle der ins Feld gerückten Männer. Ohne Murren haben sie die gleichen Pflichten auf sich genommen wie die Männer — diesen gleichen wirtschaftlichen Pflichten müssen endlich auch zugesellt werden die gleichen staatsbürgerlichen Rechte!

Ganz unzulänglich ist die vorgeschlagene Reform des Herrenhauses,

in dem ein überwiegend starker agrarischer Einfluß nach wie vor aufrechterhalten werden soll, wenn man auch die Interessenvertretung der Städte, der Industrie und des Handels beträchtlich verstärken will. Die Arbeiter sollen natürlich von dem „Hause der Herren“ nach wie vor völlig ausgeschlossen bleiben.

Schließlich steht in den Vorlagen der Regierung einer Erweiterung des Statsrechts der Ersten Kammer eine in ihren Folgewirkungen völlig unabsehbare und deshalb sehr ernst zu nehmende

Verkümmerung des Geldbewilligungsrechtes des Abgeordnetenhauses

gegenüber, auf deren Einzelheiten hier nicht eingegangen werden kann.

Mit einem Wort: Bei allen ihren unbestreitbaren Vorzügen weisen die Vorlagen der Regierung auch Mängel und Rückschritte in schwerer Menge auf. Um so kennzeichnender ist es, aber auch um so aufreizender muß es wirken, daß selbst die Mehrheitsparteien zu einem Kampf auf Tod und Leben rufen!

Den reaktionären Mächtschäften und auch den unzulänglichen Vorschlägen der Regierung gegenüber bleiben

die Forderungen der Sozialdemokratie

die alten: Sie lassen sich in aller Kürze dahin zusammenfassen:

Völlige Beseitigung des Herrenhauses! Keine einschränkenden Bestimmungen über den Wohnsitz! Allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über zwanzig Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts! Eine Forderung, die gerade nach den Erfahrungen dieses Krieges ganz besonders in den Vordergrund gerückt werden muß! **Neueinteilung der Wahlkreise!** Einführung der Verhältniswahl, um auch den Kinderheiten gerechte Vertretungen im Parlament zu gewährleisten! **Erweiterung der Rechte der Volksvertretung** statt ihrer Beschränkung!

Für diese Forderungen zieht die Sozialdemokratie in den Wahlrechtskampf. Sie wird das Neueste an Kraft aufzubieten haben, um nicht nur die Pläne der Rechten zu Falle zu bringen, sondern auch, um aus den Vorlagen der Regierung zum mindesten die Verschlechterungen auszumergen und vor allem dem

gleichen Wahlrecht zum Siege zu verhelfen.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß ein Wahlrecht, und sei es auch das beste, niemals Selbstzweck sein kann. So kann und soll uns auch das freie Preußenwahlrecht, für das wir jetzt in den Kampf ziehen, nichts anderes sein als der Boden, auf dem wir

das neue und freie Preußen der Zukunft

aufbauen wollen. Ein Preußen, befreit von dem engherzigen Polizeigeist der Vergangenheit, ein Preußen des freundigen und zielbewußten Fortschritts auf allen Gebieten! Des Fortschritts in Gesundheitswesen und Schulwesen, in Sozial- und Finanzpolitik! Ein Preußen der politischen Freiheit und des kulturellen Aufstiegs, das wirklich

„in Deutschland voran“

geht! Diesem Preußen gilt unser Hoffen und unser Kampf! Für dieses Preußen der Zukunft rufen wir alle Männer und Frauen Preußens auf die Schanzen! Um aber zu ihm zu gelangen, gilt es zunächst einmal das gleiche Wahlrecht zu erobern! Darum

Kampf allen Verschleppungsmanövern! Nieder mit allen Wahlrechtsfeinden! Hoch das gleiche Wahlrecht!

In Waffenruhe

Von Richard Gähle

Keinmal unter uns wird die Bedeutung unterschätzt, die der Beginn von Waffenstillstandsverhandlungen zwischen uns und der Bolschewik-Regierung für den Fortgang des Weltkrieges besitzt. Es mag etwas selbsterleuchtend erscheinen, aber ein Ende des Gemetzels ist nun doch abzusehen. Die Staatsfeinde der Westmächte mögen zehnmal erklären wie Lloyd George, daß sie noch fest an den Sieg glauben — die Humanen Herzen müssen sie dennoch zugeben, daß die Lage sehr ernst ist. Die Berliner Konferenz über ist noch einmal zur völligen Einigkeit gelangt. Es ist immer ein großer Vorteil, wenn der Gegner anfängt zu beraten und seine Beratungen sich in die Länge ziehen. Während die einen beraten, können die anderen Gelegenheiten zu tun.

Vergessen wir nicht, daß im Begriffe des Jahres 1917 der Überwind schon zu zweifeln begann, ob seine gewaltige Uebermacht hinreichen werde, die Mittelmächte niederknicken zu lassen. Der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg wurde daher mit Jubel begrüßt. Schon vom Herbst dieses Jahres an sollten starke Heere von dort über den atlantischen Ozean strömen. Die große Sommerschlacht, die Offensive Brüssels waren sieglos ausgefallen. Hundstuden niedergedrungen.

Seht liegen die Verhältnisse viel schlimmer als jene damals. Auch ihre Sommeroffensiven haben Linien den heißer erstrebten Erfolg nicht, wohl aber blutige Verluste gebracht. Deutschland steht an Kriegsgeld und Truppen stärker da denn je. Italien hat eine schwere Niederlage erlitten, die Hälfte seiner Geschütze, seine Versorgungsarränge und einen Teil seiner gesegneten Landstriche eingebüßt; sein tief erschüttertes, verdorrtes Heer muß durch eilige Hilfsleistungen der Bundesgenossen gestützt werden. Große Streckkräfte der Mittelmächte sind zu behebiger Verwendung frei geworden; die Ankunft der Amerikaner aber liegt noch in weitem Felde; das Sperrgebiet, das unsere U-Boote um die Azoren legen, wird sie nicht gerade erleichtern. Und nun springen die Russen ab, die trotz aller ihrer Niederlagen doch immer erhebliche Kräfte der Mittelmächte banden; nun machen sie trotz der Drohungen der Engländer ein Waffenstillstandsangebot an uns. Das ist in der Tat hart für den Gegner. Die Lage ist ernst. Und wenn sie jetzt noch um den Sieg streiten, so tun sie es in halber Verzweiflung, weil sie nicht den Mut haben, vor ihren Völkern für einen würdigen Frieden einzutreten.

Wie jeder Krieg seine Sonderart hat, und seinem früheren gleicht, so auch dieser Waffenstillstand zwischen uns und den Russen. Denn in Wirklichkeit ist er auf weiten Teilen der Front, und gegenwärtig wahrscheinlich auf der ganzen 1600 Kilometer langen Front, durch Abmachungen der gegenüberstehenden Divisionen, Armeekorps, Armeen bereits eingetreten, noch ehe die Verhandlungen zwischen den amtlichen Unterhändlern recht begonnen haben. Das kommt von unserer Seite natürlich nur geschah, wenn wir von der Ehrlichkeit des Friedenswillens bei den Russen und zwar sowohl bei der augenblicklichen Regierung wie bei den Massen vollkommen überzeugt waren. Das gibt aber auch der frohen Hoffnung Raum, daß dem Waffenstillstande in absehbarer Zeit ein ehrlicher Friede zwischen uns und unserem östlichen Nachbarn folgen wird, zum Segen für beide Völker.

Dann wird eine abermalige Abkehrung Deutschlands von der Welt und vom Weltmarkte eine Unmöglichkeit werden und damit der Krieg gegen uns überhaupt zur Lächerlichkeit. Dieser Friedenswille der russischen Massen aber gibt uns nahezu die Gewißheit, daß selbst bei einem abermaligen Umsturz der vorliegenden Verhältnisse keine neue Regierung den Krieg gegen uns erneut in ihr Programm wird aufnehmen können, denn ohne dieser tiefen Friedenssehnsucht Rechnung zu tragen, gibt es überhaupt keine neue Regierung.

Auf einigen anderen Kriegsschauplätzen ist der Krieg in ein ruhiges Fahrwasser geraten und atmet im halben Schlummer nur noch leise. In einer eigenwilligen Lage befindet sich das rumänische Heer. Es steht zwar noch im eigenen Lande und braucht sich kein formell dem Waffenstillstande der Russen nicht anzuschließen. Aber einerseits ist es so eng mit russischen Streitkräften verstrickt, daß ihm daraus alleine die größten Schwierigkeiten erwachsen. Sodann aber ist es mit seinem Schicksal und mit seiner Verpflegung auf russische Zufuhren angewiesen und von der übrigen Welt völlig abgeschnitten. Wir haben denn auch von rumänischen Angriffsbewegungen nichts gehört, seitdem die russischen eingestellt waren. Ebenso können an der türkisch-italienischen Front seit einiger Zeit keine Geschehnisse mehr festgestellt zu haben; wenigstens erübrigen die türkischen Heeresberichte keine Maßnahmen darüber. Das würde inwiefern eine Entlastung unserer Bundesgenossen bedeuten.

Nur matt wird der Krieg von der Arme Sarraol in Mesopotamien fortgeführt. Die Sachen scheinen hier ähnlich zu liegen wie vor dem Ende der Schipoli-Expedition. Eine Rückziehung des Heeres, um an anderer Stelle einzusetzen, würde das offene Bekenntnis eines abermaligen schweren Mißerfolges sein. Zu einem Angriff, der eine große Entscheidung sucht, fähig man sich aber nicht stark genug, und man fürchtet die Möglichkeit eines verhängnisvollen Rückschlages. Oh man würde noch mit dem Erkennen eines kampfmüden griechischen Heeres rechnen, nachdem das arme, hungernde Volk von keinem „großen Staatsmann“ fertiglos wider seinen Willen in den Krieg hineingezerrt ist? Jedenfalls haben die Mittelmächte keine Ursache, unzufrieden zu sein. Die Vorteile liegen ganz auf der Seite der Mittelmächte. Das Unternehmertum des Kaiserreiches auf jenem Gebiete ist aus unheimlichen Ausschweifungen und eigentümlichen Voraussetzungen, Ägypten und mit ungenügenden Kräften eingeleitet wie durchgeführt worden. Darum ist kein Abbruch wie seine Fortführung nicht bedenklich für den Gegner.

In Sibirien ist die kriegerische Handlung mit dem Erreichen der Diablowitz durch die Truppen der Mittelmächte zu einem gewissen Stillstand gekommen. Ob die angreifende Tätigkeit von der einen oder anderen Seite wieder wird aufgenommen werden, können wir ebenfalls im Augenblick nicht voraussagen. Die Gefahr liegt auf der Hand und ist nicht gering zu werden.

Nur an einem Teile der westlichen Front tobt der Krieg noch mit heftigen ungeminderter Stärke fort. Die Franzosen verhalten sich allerdings seit geraumer Zeit passiv und unterhalten ihre Front gegenüber nur durch mehr oder weniger starke örtliche Vorstöße, wie der Verdun und nordwärts Soissons. Das mögen Versuche sein, durch das Drohen mit einem Angriffe britische Kräfte an der französischen Front zu festhalten, ohne sich doch selbst in ein entscheidendes Unternehmen einzulassen und zugleich durch gelegentliche örtliche Erfolge die Zuversicht des französischen Volkes neu zu befestigen. Wir haben erst kürzlich durch Hindenburg und Ludendorff gehört, daß unsere Heeresverwaltung mit gelegentlichen daraus entstehenden Rückschlüssen rechnet, wie das jeder zielbewußte Feldherr in einer Lage tun muß, wie die wirrige Distanz war, und wie ich es übrigens hier wiederholt auseinandergesetzt habe. Was dem hohen veröffentlichten Geheimnisgeheimnis des russischen Generals Santewitsch in Paris haben wir erfahren, daß diese Schonung des französischen Heeres auf einem zwischen England und Frankreich verabredeten Plane beruht. Unschwer zu erraten, weshalb die Franzosen diese Rollenverteilung verlangen, die Engländer sie bewilligen mußten. Damit hängt es aber wohl zusammen, daß man sich in England sträubt, sich einem französischen Oberbefehl unterzuordnen ganz abgesehen von den Gründen, die in der nationalen Selbstsucht der englischen Politik und in ihrem imperialen Stolz liegen.

Im übrigen haben die Engländer, die auf einer schrankenlos gewaltigen Stoßkraft mit mächtigen Stützpunkten anhäufen konnten, mit ihrem Blute nicht gezögert. Nachdem ihr Angriff um Ypern in Blut und Eisen festgefahren hatte, warfen sie mit raschem Entschlusse ganze dritte Armee gegen Cambrai. Nachdem nun auch die größte Handreich des Krieges schließlich nicht gescheitert ist, sie unsicher geworden, sie nehmen zum Teil ihre örtlichen Kräfte gegen Passchendaele in Flandern wieder auf, zum Teil bündeln sie sich gegen das Gerichtsurteil von Cambrai noch. Zwischenfälle gehen hier, die Kämpfe weiter und von einer Winterpause sind noch keine Anzeichen vorhanden. Erst einiger Zeit wird sich herausstellen, zu welchen Entschlüssen Pariser Kriegsrat gelangt ist. Annehmungen dürfen wir wohl erwarten, daß er sich weniger mit der Liquidierung der bisherigen Kriegführung als mit einem Plane für den Frühjahrsfeldzug beschäftigt und hierfür eine möglichst ausgiebige Hilfe amerikanischer Sicherzustellen versuchen wird. Wie man hier mag, auch die Japaner auf europäischen Boden heranzuziehen — darüber brauchen wir uns die Köpfe nicht zu zerbrechen. Der Weg durch Sibirien ist nicht mehr frei; wo aber ist Schiffsmaterial, um sie über See heranzuführen, dessen Bereitstellung schon für Amerika großen Schwierigkeiten begegnen. Das Mittelmeer Amerikas mag es hauptsächlich sein, das einen erheblichen Bruchteil des japanischen Heeres von der Erde des Stillen Ozeans entfernen möchte, ehe es selbst erhebliche Kräfte seines im Entstehen begriffenen Heeres in unsichere Fernen entsendet.

Nach alledem ist die Lage auf dem wichtigsten und entscheidenden Kriegsschauplatz für uns außerordentlich aussichtsreich.

Kriegsnachrichten

Deutsch-Ostafrika in englischem Besitz

Ein englischer Bericht aus Ostafrika vom 1. Dezember. Von Beverly berichtet: Aufklärungsabteilungen haben endgültig die Tatsache festgestellt, daß Deutsch-Ostafrika vollständig vom Feinde frei ist. So ist auch die letzte der deutschen überseeischen Besitzungen in ihrer Gesamtheit in unsere Hände und die unserer belgischen Verbündeten gekommen. Nur eine kleine deutsche Streitmacht ist dort übrig geblieben. Diese hat sich auf das angrenzende portugiesische Gebiet zurückgezogen. Es sind Maßnahmen ergriffen, um dort mit ihr abzurechnen. Die Gesamtzahl der allein während des Monats November gefallenen oder gefangenen Feinde beläuft sich auf 1115 deutsche Europäer und 3382 eingeborene Soldaten (ausgeschlossen der Träger und Diener). Außerdem wurde folgendes Material erbeutet von uns erbeutet oder vom Feinde zerstört: zwei 10-Zentimeter-Marinegeschütze, eine 10-Zentimeter-Feldhaubitze, ein 70-Millimeter-, ein 60-Millimeter- und ein 37-Millimeter-Geschütz, etwa 73 Maschinengewehre und mehrere tausend Gewehre.

Anmerkung des W.B.: Zu vorstehender Meldung über die Aufgabe Deutsch-Ostafrikas durch Generalmajor von Lettow-Vorbeck gehen die „Neuen Zürcher Nachrichten“ unter der Überschrift „Deutsch-Ostafrika in den Händen der Alliierten“ folgenden treffenden Kommentar:

So ist denn nach fast dreieinhalbjährigem Widerstand auch Deutsch-Ostafrika als letzte der deutschen Kolonien gefallen. Abgesperrt von allen Zufuhren vom Meere her, bedrängt von allen Seiten durch die vereinigte Uebermacht von Engländern, Franzosen, Belgiern und Portugiesen, längst entblößt von Lebensmitteln, Kleidern und Arzneimiteln, sowie von Munition und sonstigem Kriegsbedarf, mußte auch die letzte Truppe der Tapferen sich ergeben. (General-Major von Lettow hat sich nicht ergeben, sondern ist unter Durchbrechung der portugiesischen Linien südlich des Rovumassufles in Portugiesisch-Ostafrika eingedrungen.)

Nicht den Siegern wird die Geschichte hier dereinst ein Ruhmesblatt einräumen, sondern diesem beispiellosen Heldentum der Besiegten, der keinesgleichen kaum hat. In diesem Ruhmesblatt

werden vor allem zwei Momente ausgezeichnet sein: Der Heldentum der Deutschen in Ostafrika und die ergreifende Treue der schwarzen Eingeborenen zu ihnen. Die Deutschen haben der Sendung Europas im Äquatorialen Afrika auch in diesen furchtbaren Kampfjahren Ehre gemacht, Schande — die anderen.

Gegen die kapitalistische Unterjochung

Zu den Nachrichten über die Zahlungseinstellung der russischen Staatsbank meint die „Wost. Zeitung“: Insbesondere ist sich wohl das russische Vorgehen gegen die Ausraubung Rußlands durch die Entente richten, die in der Form von Konfiskationsmaßnahmen und Bürgschaftsleistungen seitens der Banken unter der Zarenregierung und der ersten Revolution herrschaft verübt wurde. Auf diese Weise werde Deutschland von der russischen Zahlungseinstellung verhältnismäßig am wenigsten getroffen.

Wilson's Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn

W. L. B. Washington, 8. Dezember. Der Senat hat die Kriegserklärung gegen Oesterreich-Ungarn mit 74 Stimmen einstimmig angenommen. Das Repräsentantenhaus hat die Entscheidung mit 363 gegen diejenige des Sozialisten Landon gebilligt. Präsident Wilson hat die Kriegserklärung an Oesterreich-Ungarn gestern unterzeichnet.

Ecuador erklärt den Krieg

Guayaquil, 9. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt, daß Ecuador die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen habe.

Politische Wochenschau

Friedensverhandlungen

Verlauf der Waffenstillstands-Verhandlungen

Berlin, 10. Dezember. Ueber den Verlauf der Verhandlungen über die Waffenruhe an der Ostfront erfahren wir folgendes: Zu Beginn der Verhandlungen mit der im Standort des Hauptquartiers des Oberbefehlshabers Ost erschienenen russischen Delegation stellte sich beim Austausch der Vollmachten heraus, daß diese auf beiden Seiten lediglich dazu ermächtigt, über den Waffenstillstand zu verhandeln, nicht aber über den Frieden. Die russische Delegation schlug vor, einen allgemeinen Waffenstillstand für alle Heere auf allen Fronten zu vereinbaren. Hierauf konnte unsererseits nicht eingegangen werden, da die Bundesgenossen Rußlands weder vertreten waren, noch den russischen Delegierten Vollmachten erteilt hätten, in ihrem Namen zu sprechen. Wir kamen daher überein, die Verhandlungen auf den Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen der Armee der Verbündeten und dem russischen Heere zu beschränken. Von russischer Seite wurde hierbei ausdrücklich hervorgehoben, daß der abzuschließende Waffenstillstand den unmittelbaren Eintritt in Friedensverhandlungen zum Zwecke haben solle, und zwar über einen allgemeinen Frieden zwischen allen kriegführenden. Hieron nahmen die Bevollmächtigten der Verbündeten mit Befriedigung Kenntnis. Sogleich in eine Erörterung der Friedensfragen einzutreten, war schon deswegen nicht möglich, da die beiderseitigen Vollmachten hierzu nicht ausreichten. Am zweiten Sitzungstage teilten die russischen Delegierten uns die Vorschläge für einen Waffenstillstand mit. Diese Bedingungen gingen für ihre militärische Lage zum Teil ganz erstaunlich weit. Die Russen verlangten beispielsweise die Rücknahme der Infanterie im Rigaischen Meerbusen, ohne ihrerseits die Zurückziehung der Truppen an irgend einer Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vorschreiben, für die ganze Dauer eines Jahres auf jede Aktion abgesehenen Waffenstillstandes unsere Truppen in den Schützengräben der Ostfront zu belassen. Nicht einmal deren Zurückverlegung in Ruhequartiere sollte gestattet sein. Auf solche Bedingungen konnten wir uns natürlich nicht einlassen. Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte sich dann aber heraus, daß in allen, außer einer Frage, eine Einigung leicht zu erzielen war. Der einzige Punkt, wofür wir keine Lösung fanden, war die Frage der Infanterie im Rigaischen Meerbusen, deren Rücknahme natürlich auch halb jeder Diskussion stand. — Wie leicht es sich eine Einigung zu erzielen war, zeigt sich in dem Umstande, als die russischen Delegierten erbotenen, weitere Instruktionen aus Petersburg eingeholt zu wählen, denn wir haben daraufhin in für-

zester Zeit und ohne auf ernsthafte Schwierigkeiten zu stoßen, eine Einigung über die Bedingungen der jetzt eingetretenen zehntägigen Waffenruhe erzielt. In dieser kurzfristigen Abmachung dürfen wir ein gutes Vorzeichen für die Zukunft erblicken.

Die Entente für Waffenstillstands-Verhandlungen

Ueber die Zustände der Entente an Rußland heißt es in „Berl. Tagebl.“: Eine Rundgebung der russischen Regierung erklärt noch einmal, daß die Ententemächte der Waffenstillstandsverhandlungen keinen Widerstand mehr entgegenstellen. Die Taktik der Entente läuft darauf hinaus, Einfluß auf die Verhandlungen zu gewinnen, ohne doch durch offizielle Zustimmung der beglaubigten Diplomaten in Petersburg die jetzige russische Regierung zu festigen und die Verhandlungen zu erleichtern.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Regierungen der Entente haben ein diplomatisches Spiel begonnen, von dem sie selber nicht wissen, wie es enden wird. Sie wollen offenbar zunächst nur Zeit gewinnen und die deutsch-russischen Verhandlungen durchkreuzen. Das Ziel der Mittelmächte muß es bleiben, wenn es möglich ist, ein Frieden mit Rußland. Was der englische Botschafter sagte, um der Sympathie entgegen zu wirken, die Deutschlands Verhalten in Rußland finden könnte, ist mit Hinweis auf die Aeußerungen abzutun, mit denen der Reichskanzler im Reichstag betonte, daß es kein Hindernis gebe, mit den gegenwärtigen Machthabern Rußlands über den Frieden zu verhandeln.

Friedensvorbereitung

Rußlands Friedensentschluß durch die Bolschewik-Vertretung

Petersburger Zeitungen teilen laut „Berl. Tagebl.“ mit, daß im Zusammenhang mit den durch die Waffenstillstandsverhandlungen eingetretenen Verhältnisse die Frage der Einberufung der Konstituante im positiven Sinne entschieden wurde. Lenin hatte es für zweckmäßig, die Entscheidung über den Waffenstillstand der Konstituante zu überlassen und die Verantwortung vor sich abzuschütten. Die konstituierende Versammlung wird, wie es weiter heißt, Anfang nächster Woche zusammentreten. Es sei noch die Frage, wieviel Abgeordnete aus der Provinz zugegen sein könnten insofern bei gegenwärtigen Zerrüttung des Eisenbahnverkehrs.

An unsere Leser!

Es gibt fast keinen Gegenstand des täglichen Bedarfs, der nicht während des Krieges eine wesentliche Verteuerung erfahren hätte. Eine besonders starke Steigerung haben die Papierpreise erfahren. Die Zeitungen haben nicht nur unter dem Papiermangel schwer zu leiden, sondern das Papier, das sie erhalten, ist fast dreifach so teuer als vor dem Kriege. Das das eine überaus harte Belastung der Zeitungs-geschäfte selbstverständlich nicht allein auf sich nehmen. Sie müssen, ob sie wollen oder nicht, im Interesse des Weiter-erscheinens der Zeitung zu dem einzig möglichen Ausweg greifen und die Abonnements- und Inseratenpreise erhöhen. Die letzte gewaltige Papierpreissteigerung vom 26. November d. J. beträgt für Zeitungen rund 80 Prozent. Der Verlag unserer „Volkswacht“ hat sich deshalb entschließen müssen, ab 1. Januar 1918 den Abonnementspreis von 35 auf 45 Pf. monatlich zu erhöhen. Das Vierteljahresabonnement ist auf 1,25 Mk. festgesetzt worden. Der Preis der einzelnen Nummer bleibt derselbe. Der Verlag hofft mit dieser geringen Steigerung der Abonnementspreise das Blatt in derselben Stärke und Aufmachung weiter erscheinen zu lassen und erwartet von den Abonnenten, daß sie im Hinblick auf die gewaltige Steigerung der Papierpreise und der politischen Notwendigkeit der „Volkswacht“ dies kleine finanzielle Opfer gerne bringen werden.

In dieser ersten politischen Zeit darf niemand dem einzigen Arbeiterblatt in Westpreußen, das unerschrocken und energisch für einen baldigen Frieden und ein neues, freies Deutschland kämpft, nicht im Stiche lassen. Unser Blatt hat sich zu unsrer großen Freude weit über Westpreußen hinaus Ansehen und Achtung erworben, was am besten durch die immer währende Steigerung der Auflage zum Ausdruck kommt. Es wird auch weiterhin seine Schuldigkeit tun und den Kampf führen für Frieden, Freiheit und Brot. Aber das geistige Band, das die „Volkswacht“ mit ihren Leserkreise verbindet, muß noch fester und stärker werden. Jeder Leser halte seiner „Volkswacht“ die Treue. Jeder arbeite für die weitere Verbreitung seines Blattes nach Kräften. Dann wird die Zeit kommen, wo sich unsere Zeitung das Maß von Achtung und Einfluß erkämpfen haben wird, das ihr als Vertreterin der großen Masse des Volkes in Westpreußen gebührt. Dann wird aber auch die Zeit gekommen sein, wo die „Volkswacht“ wieder täglich erscheinen kann.

Verlag und Redaktion der „Volkswacht“.

Danziger Nachrichten

Die kurzen Tage

Sind wir wieder ins Land gezogen. Schattensich schleichen sie über die Erde. Aus den Dämmerungen will sich das Licht gar nicht mehr recht lösen. Frösteln rinnen die Stunden. Die Kinderlärmen auf der Gasse ist verstummt. Die Erwachen hasten, von Kümernissen oder Arbeit überhäuft, eilfertig vorüber. Einer scheint den andern kaum zu kennen: jeder hat zur Genüge mit sich selbst zu tun, denn Krieg und Winter zusammen sind zwei nicht gerade gern gesehene Gäste.

In den Städten macht sich das besonders bemerkbar. Dort, wo man dicht zusammenwohnt und mehr aufeinander angewiesen ist, als auf dem Lande. Hier drückt die harte Gegenwart mit vervielfachter Gewalt. Alle Kleidung muß sorgsam gewaschen, mit allen Lebensmitteln und dem Brennmaterial auf das sorgsamste hausgehalten werden. Da wächst nichts zu, weder im Garten, noch auf dem Felde, noch im Stall. Von kaufen gibt es in den Geschäften so gut wie gar nichts. Wer da nicht das Sich-Einrichten gründlichst gelernt hat, der führt nicht zum Besten!

Über die lange Kriegsdauer war ein junger Lehrmeister. Sie hat die meisten Menschen umgewandelt. Sie anspruchsvoller, leichter zufriedengestellt gemacht. Und schauen auch viele recht blaß und spitz drein, das Lachen und Leuchten der Augen wurde doch nicht so ganz ausgelöscht, und hier und da tönt hinter Wand und Tür doch noch ein lebhaftes Lied. Jedenfalls läßt sich die Jugend, ihr Recht jung zu sein, nicht nehmen. Da mögen die Frösteltage noch so kurz und noch so grau kommen, ihre Lebenskraft vermögen sie nicht einzudämmen, nicht zu erlösen. Da haben selbst Krieg und Winter, Wohnungsnot und Rohstoffmangel so gut wie gar keinen Einfluß.

Um so schwerer tragen die anderen an der harten Zeit. Sie, denen sonst schon Harm und Bangen das Haupt tief auf die Brust zwängten, wagen jetzt kaum noch Ausschau zu halten. Die Winterstimmung mit ihrer lahmen, farblosen Trostlosigkeit hält sie ganz in ihrem Vann. Wie von schweren Träumen umfungen, streifen sie dahin — frei und dennoch gefesselt, Augen und Denken umhüllt von den grauen Dunstnebeln dieser müden kurzen Tage. Wann wird es lichter werden?

Eine Weihnachtsfeier

veranstaltet der Sozialdemokratische Verein Danzig am zweiten Feiertag im Bürgergarten Schödlitz. Das Programm enthält neben Vorträgen des Gesangvereins „Sängergesang“ eine Aufführung des Schwanks „Die Reise nach dem Mond“. Das Stück erweckte gelegentlich seiner Erstaufführung beim Jubiläumsfest des Gesangvereins fürnische Heiterkeit. Zahlreiche Beteiligung von Seiten der Parteigenossen ist erwünscht.

Die „Freie dramatische Vereinigung“

veranstaltet am 1. Januar 1918 im Gewerbehause, Heilige Geistgasse, einen großen Theaterabend. Das Programm ist

von eigenem Reg. Zur Aufführung gelangen zwei der wertvollsten Alt-Berliner Singspiele: „Guten Morgen Herr Fischer“ und „Das Fest der Handwerker“. Weiter enthält das Programm Diebermeier-Quette und eine Tanzaufführung. Möge ein volles Haus die Mühe der Mitwirkenden belohnen. Programme sind im Vorverkauf a 1 Mark zu haben in der Zigarrenhandlung C. Sellin, Schäffelbamm, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und in der Buchhandlung Volkswacht.

Tarifverhandlungen im Baugewerbe

Vom 10. Dezember ab sollen die Löhne für Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter durch Gewährung einer Teuerungszulage um 10 Pf. die Stunde erhöht werden. Teuerungszulagen, die vor dem 1. Oktober gewährt worden sind, kommen hierbei nicht in Anrechnung, es sei denn, daß bei den Verhandlungen die Anrechnung ausdrücklich vorbehalten worden ist. Das ist in keinem Falle geschehen. Die Teuerungszulage steht also allen Bauarbeitern ohne weiteres voll zu, sofern nicht vom 1. Oktober ab eine gewährt worden ist. In diesem Falle wird die Teuerungszulage um diesen Betrag gekürzt.

Die Arbeitgeber scheinen nur bereit zu sein, den jeweiligen Tariflohn um den Betrag der Teuerungszulage zu erhöhen, ohne die über diese Lohnhöhe hinaus gewährten Zulagen zu berücksichtigen. Mit diesem Verhalten wird sich eine auf Sonntag den 16. d. M. einberufene Bauarbeiterversammlung beschäftigen.

Streit der Gemüsehändler?

Die Gemüsehändler wollen ab 20. d. Mts. streiken. Es sind aber nicht Danziger, sondern Berliner Händler, die diesen Entschluß im Verlauf einer Versammlung am Sonntag faßten. Der Generalsekretär Neubaur, der Ortsgruppe Berlin des Reichsverbandes deutscher Gemüse- und Obsthändler, kritisierte in scharfen Worten das Verhalten des Berliner Magistrats bei der Verteilung von Ware. Die kleinen Händler erhalten keine bessere Ware, sie müssen mit Pferderäben vorlieb nehmen. Auch bei der Verteilung der Weihnachtsäpfel sollen die Kleinhändler leer ausgehen. Trifft das zu, wird gestreikt.

So ist es auch in Danzig. Man braucht nur in die Markthalle gehen, da sitzen die Frauen hinter Bergen von Wursten und Pferderäben. Sie klagen oft über geringen Verdienst. Meist sind es Kriegerfrauen, die für die Familie allein sorgen müssen. Sie erhalten vom Großmarkt fast nur diese wenig begehrte Ware.

Klage wird auch geführt über die Behandlung der Frauen bei der Abfertigung am Speicher. Wünsche dürfen da nicht ausgesprochen werden, denn dann heißt es gleich: „Wenn Sie nicht wollen, dann —“ Jetzt ist es notwendiger denn je, sich zu besinnen, daß ein jeder Mensch schwer zu tragen hat an den Sorgen und Leiden der Zeit und Bevorzugungen verlegend wirken. In Danzig haben die kleinen Händler noch keine gemeinsamen Forderungen gestellt. Der Großmarkt täte gut, die gedrückte Lage dieser Frauen zu berücksichtigen.

Hilfe für kriegsgefangene Deutsche

Das Rgl. Pr. Oberpräsidium, „Hilfe für kriegsgefangene Deutsche“, in Danzig, Hundegasse 90, weist das Publikum, das Angehörige als Kriegsgefangene in Feindesland besitzt, darauf hin, daß für die Zukunft keine Postpakete an das Rote Kreuz, Kriegsgefangenen-Fürsorge, in Stuttgart mit der Bitte um Weiterbeförderung gesandt werden dürfen. Stuttgart ist so überlastet, daß es eine Vermittlung zur Weiterbeförderung nicht mehr übernehmen kann. Die „Hilfe für kriegsgefangene Deutsche in Danzig, Hundegasse 90, II“, ist bereit, Weinwandadressen mit dem Roten-Kreuz-Stempel versehen, gegen geringe Gebühren auf schriftliches Erfordern, den Angehörigen von Kriegsgefangenen zu überfenden. Auch sind auf schriftliche Bestellung, in der Geschäftsstelle, Rote-Kreuzkarten für Rußland, England, Frankreich und Rumänien, sowie Rote-Kreuzkartenbriefe für England und Frankreich gegen geringes Entgelt zu haben.

Die Konservativen Westpreußens

hielten am Mittwoch ihre Jahresversammlung in der Sport-halle ab. Die Versammlung war sehr stark besucht; auch viele Angehörige anderer Parteien waren gekommen, um den bekannten Führer der Konservativen v. Hennebrand zu hören. Sie sind wohl alle sehr enttäuscht worden. Seiner Rede fehlte jeder hinreichende Zug. Auch sachlich wußte er wenig Bemerkenswertes zu sagen. Seine Ausführungen, wie die Oldenburg von Januschan bewiesen jedoch, daß die Junker sich gegen jeglichen Fortschritt wehren, wenn sie dabei eine Einbuße ihrer Vormachtstellung in Preußen zu vergegenwärtigen haben. Mit besonderer Schärfe wandten sich beide Redner gegen die Wahlrechtsvorlage. Aus ihren Reden klang der Schmerz darüber, daß das gleiche Wahlrecht dem Abgeordnetenhaus eine völlig andere Zusammenfassung geben würde. Sozialdemokraten, Polen und Fortschrittler hätten dann Mehrheit und diese Parteien würden Steuern bewilligen, die sie und ihre Anhänger nicht zu bezahlen brauchen. Offensherziger kam die Steuerscheu der Konservativen nicht bekundet werden. Sie bewilligten bisher die Steuern aus den Taschen der breiten Massen des Volkes. In seinen Ausführungen bewies Hennebrand mehr diplomatisches Geschick als sein Freund Oldenburg. Die Schattenseiten des Preußenwahlrechts wollte er nicht verleugnen. Geldbesitz, der jetzt häufig durch ungerechtfertigten Kriegsmucher erworben ist, dürfe in Zukunft nicht mehr allein bei Bemessung des Wahlrechtes maßgebend sein. Oldenburg aber will von einer „Reform“ des preußischen Wahlrechtes nur etwas wissen, wenn gleichzeitig das Reichstagswahlrecht verschlechtert wird. Beide Redner wandten sich auch mit Nachdruck dagegen, daß man die Massen der Feld-garben durch die Wahlreform in Kriege übergebe. Sie ver-gaben nur zu erwähnen, daß die Wahlreform gerade den

Massen der Feldgarben das Recht geben soll, daß ihnen die Konservativen weiter vorenthalten wollen. Oldenburg war, gegenüber seinen früheren Reden, sehr zurückhaltend. Eine Unverfrorenheit sondergleichen war es jedoch, als er erklärte, daß Deutschland den Weltkrieg verloren hat, falls die Wahl-vorlage der Regierung Gesetz wird. Danach arbeiten also der preußische König und seine Regierung beruht auf eine Niederlage Deutschlands hin. Ein schwererer Vorwurf gegen König und Regierung ist nicht denkbar. Dem früheren Reichs-kanzler Bethmann Hollweg verleihe er noch einige Fußtritte. „Eine Armee von Helden könne nicht das erkämpfen, was ein schlechter Staatsmann ruiniert hat.“ Beide Redner gingen auch auf den Bauernsinn, wenn sie erklärten, daß jetzt über-all der Sozialismus eingeführt sei. Niemand hat in dem herrschenden Wirtschaftssystem mehr Kritik geübt, als gerade die Sozialdemokratie. Mit Sozialismus hat dieser sogenannte Kriegsozialismus nichts gemein. Die Reden der beiden kon-servativen Führer bewiesen aufs Neue, welche schweren Wider-stände die freizeitliche Entwicklung Deutschlands noch zu über-winden hat. Möge vor allem die Arbeiterklasse immer mehr die Waffen stärken, durch die sie allein den Kampf gegen die volksfeindlichen Junker siegreich führen kann: Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und der Parteipresse.

Ein Friede der sich lohnt.

Es wird uns geschrieben: Die Kriegsbeher haben ein Wort aufgebracht, das Viele nachsprechen, die man eigentlich zu den Kriegsbeheren zählen kann. Das ist das Wort, von dem Frieden, der die ge-brachten Opfer lohnt. Auch die westpreußische Provinz-ialsynode hat dieses Wort gebantenlos nachgesprochen in einem Gruß an die Männer und Söhne Westpreußens, die an den Fronten kämpfen. In diesem Gruß heißt es: „Gott schenke Euch ein glückliche Heimkehr und unserm lieben Vaterland einen baldigen Frieden, der die ungeheuren Opfer lohnt.“ Ist denn überhaupt ein Friede denkbar, der einen ausreichenden „Lohn“ für die ungeheuerlichen unmenschlichen Opfer des deutschen Volkes und der übrigen Völker dar-stellt? Was die Kriegsbeher unter einem Lohn verstehen, den nicht sie selber, sondern die Andern in diesem Kriege dar-bringen, sagen sie gewöhnlich nicht. Dieser Lohn besteht in Geld, Land und Herrschaft über fremde Völker. Diese Eroberungen also sollen ein ausreichender „Lohn“ sein für die Söhne, Brüder, Männer und Väter, die auf dem Felde der Ehre für das Vaterland gefallen sind!

Nein, der Krieg ist ein Uebel, das überhaupt nicht wieder gut gemacht werden kann; die gebrachten Opfer sind uner-sehbar. Was mit diesen Opfern einigermaßen ausböhnen könnte, liegt auf ganz anderen Gebieten. Man hätte eigent-lich erwarten dürfen, daß auch die Provinzialsynode den Aus-gleich in erster Linie auf weniger materiellen Gebieten gesucht hätte. Vor allem hat es das preußische Volk verdient, daß man ihm mit mehr Vertrauen entgegenkommt und ihm das Reichstagswahlrecht für den Landtag nicht länger voren-thält. Das gleiche trifft zu für die Wahlen zum Provinzial-landtag, zum Kreistag und zu den Gemeindevorstellungen. Die Provinzialsynode hätte einmütig einen Antrag an die General-synode richten sollen, der evangelischen Landeskirche ein demokratisches Wahlrecht und eine gleiche Ver-fassung zu geben, dazu konnte sie sich nicht aufschwingen. Wir verlangen Friedensverhandlungen mit dem Ziele auf allgemeine Abrüstung und auf Einführung von Schiedsgerichten wie den Zusammenschluß der Völker zu Staategemeinschaften, die sich ganz den Werken des Friedens hingeben können. Die Wiederkehr solchen Welt-krieges soll verhindert werden. — Derartige Ziele wären würdig der Opfer, die das deutsche Volk in allen seinen Teilen in diesem furchtbaren Weltkrieg gebracht hat.

Die Filiale Danzig des Verbandes der Schneider, Schnei-derinnen und Wäschearbeiter Deutschlands feierte am Sonn-tag im Bürgergarten ihr vierzehntes Stiftungsfest. Nach einer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden erfreuten Män-nerchöre des Arbeitergesangvereins unter Leitung seines tüch-tigen Dirigenten die Festteilnehmer. Flott gespielte lustige Stüchchen steigerten die Heiterkeit zum höchsten Grad. Konzert und Unterhaltungsstücke fehlten nicht, so daß der Abend jedem Teilnehmer wohl als ein angenehmer in Erinnerung bleiben dürfte.

Taepler-Vortrag im Monistenbund.

Der wissenschaftliche Vortrag des freireligiösen Predigers und philosophischen Schriftstellers Clemens Taepler-Danzig über die Frage: „Was bleibt unserer Zeit von der Religion?“ am Dienstag, den 11. d. M. erfreute sich einer guten Beteiligung auch seitens philosophischer Persönlichkeiten der Stadt, und regte eine ausgedehnte und scharfe Diskussion an, an der sich Philosophen, Theologen und Mediziner beteiligten. Der Ge-dankengang des Redners war etwa folgender: Unserer Zeit bleibt das von der Religion, was dieser in allen Religionen und Zeiten wesentlich ist. Ihr Wesentliches kann nicht etwas sein, das nur in gewissen Richtungen, z. B. im Christentum, vorhanden sei; darum seien weder Glaubensbekenntnisse, noch die Bibleslehren, noch Jesus und seine Lehren als solche wesent-lich für die Religion. Auch der Glaube an Unsterblichkeit und an Gott als philosophische Hypothese gehöre an sich nicht zur Religion; denn nur was man in diesen sehr elastischen Glauben hineinlege, mache ihn religiös; in diesem letzteren Sinne be-kannte sich Redner mit Kant zum Unsterblichkeits- und Gottes-glauben als sittlichen Ideen. Aber für die Religion selbst hält Redner kein Dogma für wesentlich. Religion muß alle philo-sophischen Überzeugungen, die mit Gewissenhaftigkeit geübt werden können, aufnehmen können und auch unphilosophischen Menschen verständlich, praktisch erlebbar sein. Ueber das Leben nachdenken, um es zu erklären, ist Sache der Weltanschauung; Religion dagegen wird erlebt, wo der Mensch mit dem Leben rangt, um sich zu behaupten. In diesem Sinne erleben sich in dieser Zeit gewaltigste seelischer Erschütterungen, alle unter-

in, an Naturen Religion. Religion ist oder Frömmigkeit im überkonfessionellen Sinne ist ein innerliches Gemütsleben von einer höheren Welt des Geistes in uns selbst, aus der uns Kraft zur Überwindung unserer irdischen Schwäche, Kraft und Willkür im Überwinden des Leibes und Vertrauen in einen ewigen Sinn trotz der Unforschlichkeit des Weltalls, das Wesens der Wirklichkeit hinter der Erscheinung. — Gottes, unquillt. Das religiöse Erleben macht den Menschen stark und froh trotz der Härten des Daseins; ihm, d. h. dem höheren Geistesleben, entspringt auch alle schöpferische Gestaltungskraft in Kunst, Wissenschaft und Sittlichkeit.

In der Diskussion, die besonders biblische Streitfragen und die Möglichkeit einer Religion ohne Gott behandelte, zeigte der Redner Stoffliche und geistige Beherrschung, was ihm durch das Publikum bis in die späte Stunde und durch starken Beifall am Schluß gebührt wurde.

Dr. B.

Beihilfenzulagen an Beamte.

Die Vorlage über die Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerungszulagen an Beamte geht davon aus, daß die den Beamten seit dem 1. Januar 1917 gewährten Beihilfen nicht mehr ausreichen. Es bedürfe jetzt einer erheblichen Grundzulage in gleicher Weise, wie sie für die Reichsbeamten und die Beamten anderer deutscher Bundesstaaten eingeführt worden ist. Auch die höheren Beamten sollen diesmal Zulagen haben, im einzelnen aber sollen die Beamten besonders hoch bedacht werden, die eine größere Zahl von Kindern haben.

Es wird u. a. vorgeschlagen:

Die bisher gewährten Beihilfen werden seit dem 1. April d. J. angerechnet auf die neu zu gewährenden Zulagen. Vom 1. April 1917 an erhalten alle Staatsbeamten (die Lehrer eingeschlossen) an Kriegsbeihilfen:

	bis 2300 M.	2300 bis 4800 M.	4800 bis 7800 M.
unverh. Beamte	10	12	—
verh. Beamte ohne Kinder	15	17	—
mit 1	27	23	10
2	40	35	21
3	54	48	33
4	69	62	46
5	85	77	66

monatlich. Für jedes Kind erhöht sich weiterhin die Steigerung fortwährend um monatlich 1 Mark. Bei 6 Kindern würde die Beihilfe also monatlich 102 bzw. 93 bzw. 75 Mark betragen.

Neben diesen laufenden Kriegsbeihilfen sollen die Beamten vom 1. Juli d. J. an laufende Kriegsteuerungszulagen erhalten; die verheirateten durchweg je nachdem sie gehören zu den Unterbeamten, mittleren Beamten oder höheren Beamten; monatlich in der ersten Gruppe 30 Mark, wenn sie ohne Kinder sind, ebenso 45 Mark in der zweiten und 60 Mark in der dritten Gruppe. Mit jedem Kinde steigt die Zulage um 10 Mark in der ersten Gruppe, um 4,50 Mark in der zweiten und um 6 Mark in der dritten. Unverheiratete Beamte mit weniger als 6000 Mark Dienstlohn erhalten monatlich 25 Mark.

Den auf Grund eines Vertrages vorübergehend im Staatsdienst beschäftigten Personen kann eine Unterstützung in Form von Kriegsbeihilfen gewährt werden, wenn ein Bedürfnis vorliegt. Höhe und Art bestimmt die Regierung.

An Beamte und Lehrer im Ruhestande und an Hinterbliebenen von Beamten und Lehrern sind vom 1. April 1917 an laufende Kriegsbeihilfen zu zahlen, wenn das Gesamteinkommen des im Ruhestande lebenden Beamten usw. weniger als 4000 Mark oder das einer Witwe — ohne Wittengeld — weniger als 2000 Mark beträgt. Die Regierung soll auch hier Art und Höhe festlegen. In der Regel soll die Beihilfe 15 Mark monatlich betragen.

Schließlich ist eine Bestimmung vorgesehen, wonach diese Festlegungen zunächst bis zum Ablauf des Rechnungsjahres gelten sollen, das auf das Jahr folgt, in dem durch Kaiserliche Verordnung der gegenwärtige Kriegszustand für beendet erklärt wird.

Die Verjährungsfrist verlängert.

Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch verjähren die sogenannten Forderungen des täglichen Lebens, besonders die Warenschulden von Privatpersonen und die Lohn- und Dienstbezüge jeder Art usw. in zwei Jahren; Zinsen und Geschäftsrückstände, Unterhaltungsbeiträge und andere regelmäßig wiederkehrende Leistungen in vier Jahren. Diese Verjährungsfristen laufen mit dem Schluß des Kalenderjahres ab.

Wie bisher bei Kriegsausbruch, hat der Bundesrat auch im laufenden Jahre die Verjährungsfrist für diese Forderungen sowie für gewisse herkömmliche Ansprüche um ein halbes Jahr bis zum Ende des Jahres 1918 verlängert. Die Wohlfahrt der Bevölkerung wird allen Forderungen der bezeichneten Art gewahrt, die noch nicht verjährt sind, auch denen, deren Verjährungsfrist schon einmal oder mehrmals verlängert war. Die Empfänger der Waren, Dienstleistungen, überhaupt alle, die solche noch nicht verjährenden Schulden bezahlt haben, sind auf die erhaltenen Quittungen ein weiteres Jahr aufzuwarten.

Eine großzügige kommunale Arbeitstelle.

Die Kölner Stadterverordneten bewilligten einen Kredit von zwei Millionen Mark zur Bekämpfung weiterer Armut mit Mädeln durch eine städtische Mädelstelle. Die Begründungserwägung des Stadterverordneten Kaufmann Bau war die denkbar härteste Anklage gegen die wucherischen Treiberinnen des auf diesem Gebiet bisher ganz „freien“ Handels. Für alle Mädel wird nun die Stadt Köln den Friedenspreis bezahlen. Es wird eine Mädelvermittlungstelle eingerichtet, die lediglich das Geschäft zwischen Käufern und Verkäufern von alten Mädeln vermitteln soll, um beim Transport zu sparen. Neue Mädel sind heute sehr wertvoll, so kosten einfache Kücheneinrichtungen 900 M., die früher für 150—180 M. zu haben waren. Die Stadt hat nun über die Lieferung mehrerer Tausend Einrichtungen Verträge abgeschlossen. Der Kleinhandel wird gegen einen angemessenen Lohn zum Verkauf der Mädel herangezogen. Um der Mädeln nach dem Kriege entgegenzukommen, werden vorläufig 4000 Zimmer einrichtungen zurückerhalten. Bei der Abgabe dieser Mädel sollen vorwiegend Kriegsgewinnen bedürftige werden.

Kleinwohnungsfrage in München. Die Not an Kleinwohnungen wird eine Organisation des Kleinwohnungsbaus in München zur Folge haben. Als Gegenstück und notwendige Ergänzung der gegründeten bayerischen Landesbauvereinsgesellschaft, deren Hauptaufgabe die Anstellung von Arbeitern und Angestellten, insbesondere von Kriegsteilnehmern, und zwar möglichst in landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, bezweckt sie die Anstellung der mühsamsten Bevölkerung der Großstadt in gefunden und ausreichenden Kleinwohnungen zu angemessenen Preisen. Am Aufbau dieser Organisation nehmen die Stadtbehörden, die Mitgliedsvereine sämtlicher politischen Parteien, sowie alle in Betracht kommenden Privatvereine, beispielsweise der Bauunternehmungen und Industrie, tätigen Anteil. Und in Danks?

Unverzüglicher Einspruch gegen Mieterhöhung und Kündigung.

Mit dem neuen Mietrecht ist man vielfach noch nicht genügend bekannt. So wurde jetzt in einem Falle, der auch den Anlaß zum Erlaß der Kommandanturverordnungen gab, unter Bezugnahme auf die Aufhebung dieser Kommandanturverordnungen, die Miete in einem Hause gesteigert, und als der Mieter mit der Steigerung nicht einverstanden war, ist die Kündigung zum 1. Oktober 1918 ausgesprochen worden. Der Mieter glaubte, sich sein neues Recht nicht zu vergehen, wenn er seinen Einspruch beim Mietvermittlungsamt bis zum nächsten Jahre verschiebe, da das Mietverhältnis erst nach mehr als 3 Jahren beendet sein wird. Diese Annahme ist aber irrtümlich. Die Mieter haben unverzüglich, d. h. innerhalb 14 Tagen, Einspruch zu erheben, widrigenfalls sie alle ihre Rechte aus der Bundesratsverordnung verlieren. Dieser Termin läuft von dem Zeitpunkt ab, an dem der Mieter von der Mieterhöhung oder Kündigung Kenntnis erhält.

— Mehr als 10 000 Kriegserkrankte! Welchen Umfang die Erkrankungsliste in der Kriegszeit angenommen hat, beweist das bisherige Ergebnis der Lästigkeit der Erkrankungs-Listensammlung, die im März d. J. bei der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts errichtet wurde. Auf Grund der von ihr erarbeiteten Aufforderung sind von Nahrungsmittel-Unternehmensämtern, Preisprühungsämtern und anderen beteiligten Stellen bisher über 10 000 verschiedene Erkrankungslisten, davon rund 7000 Erkrankungslisten, benannt worden. — Lieb Vaterland, konnt ruhig sein!

*** Reiche Gabe für die Opfer des Krieges.** Der Nationalität für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen hat der Fabrikbesitzer A. Lave, alleiniger Inhaber der Firma A. Lave & Co., Kupfer- u. Messing-Walzwerke, Berlin-Reinickendorf, den gesamten Reingewinn seines Werkes während der Dauer des Krieges zur Verfügung gestellt. Es ist dies eine ganz besonders hochherzige Stiftung, die hoffentlich viele Nachahmer finden möge. — Man hat eine ähnliche Mitteilung noch von keinem Mitgliede der „Deutschen Vaterlandspartei“ gehört! Man denke, was es bedeuten würde, wenn nur der eine Gründer dieser Partei, der Millionär Ziese-Schichau, der Stiftung auch nur den Reingewinn eines einzigen Jahres würde zuführen lassen. Wenn alle Kriegsführer danach handeln müßten, gäbe es gewiß keine unnütze Verlängerung des Krieges.

Keine Militärkäufe ankaufen.

Soldaten dürfen ihre Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke, die ihnen geliefert wurden, nicht verkaufen. Der Arbeiter Paul R. in Langfuhr hat dieses Verbot nicht beachtet und mußte sich vor dem Schöffengericht wegen Hehlerei verantworten. Er traf eines Abends auf der Straße einen Soldaten, der ihm ein Paar gute Militärstiefel mit kurzen Schäften zum Kauf anbot. Der Angeklagte ging hierauf ein und zahlte den Preis von 35 Mark, also einen hohen Betrag. Er gibt zu seiner Entschuldigung an, er habe nicht gewußt, daß ein Soldat seine Stiefel nicht verkaufen dürfe. Das Gericht verurteilte ihn zu 2 Tagen Gefängnis.

Urlaub vor der Rückkehr ins Feld.

Das Armeekorps-Befehl Nr. 60 vom 8. Dezember 1917 enthält folgende Verfügung des Kriegsministeriums: Auf den Erlaß vom 20. Mai 1917 bezugnehmend, wird die Mannschaften, die infolge im Feld zugezogener Verwundung oder Ertrankung in der Heimat in Lazarettbehandlung waren, wird erneut hingewiesen. Diesen Leuten ist vor Rückkehr ins Feld grundsätzlich Heimurlaub zu erteilen, falls dringende dienstliche Gründe dies nicht verbieten.

Der Erlaß für das Feldheer ist, sobald keine erstmalige Herausendung nach Abschluß der Ausbildung zu erwarten steht, rechtzeitig zu bewilligen, sofern der letzte Urlaub mehr als drei Monate zurückliegt. J. A. v. Wisberg.

Die Wiedereinstellung der Feldgrauen.

Bei allen Seiten wird darauf gedrängt, daß die Feldgrauen, wenn sie in die Heimat zurückkehren, wieder in ihre alten Stellungen eintreten können. Verschiedene Arbeitgeberverbände fordern eine gefällige Vorkunft, um dieses Ziel zu erreichen. Die Unternehmer sträuben sich dagegen. Sie wollen in der Auswahl ihrer Arbeitskräfte völlig freie Hand haben und tragen sich jedenfalls mit dem Gedanken, möglichst viele der weiblichen Arbeitskräfte beizubehalten, die jetzt an die Stelle von Männern getreten sind. In einer Eingabe an den Reichstag unterbreitet der Aufsichtsrat des Deutschen Bergmeister-Verbandes jetzt folgenden Beschluß, dem er bittet, Beachtung zu schenken:

Der Aufsichtsrat des Deutschen Bergmeisterverbandes spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß sich die Arbeitgeber gegen die gefällige Regelung der Wiedereinstellung der aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten sträuben. Er richtet deshalb das dringende Ersuchen an Reichstag und Regierung, alles zum Schutze der Angestellten zu tun, und zur Linderung einseitiger Arbeitslosigkeit ausreichende Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, falls auch seitens der Arbeitgeber Körperschaften ein gezieltes Zwangsden Arbeitgebern gegenüber abgelehnt wird.

Die Erhöhung der Ausrüstungskosten.

Die Erhöhung der Ausrüstungskosten und Mannschaften wird, wie wir dem neuen Armeekorps-Befehl entnehmen, mit Wirkung vom 21. Dezember 1917 wie folgt erhöht:

a) bei mäßigen Formationen

für Ujezelweber und Wzwachmeister, Führer und Sanitätsgehilfen	von monatlich 60,00 Mark auf 75,00 Mark,
Sergeanten, Oberjäger, einschlebe und Sanitätssergeanten	von monatlich 57,00 Mark auf 67,50 Mark, für Unteroffiziere, Fahnenführer, Waffenernteroffiziere, Regiments- und Bataillonstanten, Hofsoldaten, Hornisten und Trompeter, Sanitätsunteroffiziere, Ober- und sonstige Oberhandwerker, so zu den vorgenannten Funktionen Offiziere nicht einen höheren Dienstgrad bekleiden, von monatlich 40,00 Mark auf 48,00 Mark, für Sanitätsgehilfen und Militärtraktanten
Wärtergehilfen	von monatlich 28,40 Mark auf 35,50 Mark, für Gefreite und Gefreite von monatlich 13,90 Mark auf 24,00 Mark, Gemeine und Militärfrankenmarteigemeine
	von monatlich 21,00 Mark auf 21,00 Mark.

b) bei inaktiven Formationen und im Lazarett

für Ujezelweber und Wzwachmeister, Führer und Sanitätsgehilfen	von monatlich 57,00 Mark auf 69,00 Mark, für Sergeanten, Oberjäger, einschlebe und Sanitätssergeanten
	von monatlich 54,00 Mark auf 60,00 Mark, für Unteroffiziere, Fahnenführer, Waffenernteroffiziere, Bataillons-Lamboure, Sanitätsunteroffiziere, Oberbäcker und sonstige Oberhandwerker, sofern die vorgenannten Funktionen nicht einen höheren Dienstgrad bekleiden, von monatlich 33,60 Mark auf 42,00 Mark, für berittene und unberittene Sanitätsgehilfen und Militärtraktantenwärtergehilfen von monatlich 18,90 bzw. 17,40 Mark auf 22,50 Mark, für berittene und unberittene Obergefreite und Gefreite von monatlich 12,90 bzw. 11,40 Mark, für berittene und unberittene und Militärfrankenmarteigemeine von monatlich 11,40 bzw. 9,90 Mark und 15,00 Mark.

Der Erlaß für die vorstehend nicht genannten Unteroffiziere für die Feldheerarm-Gefreiten wird nicht geändert.

*** Vier Weihnachtsfeiertage erwünscht.** Die kommenden Weihnachtsfeiertage fallen auf einen Dienstag und Mittwoch. Von verschiedenen Seiten angeregt worden, am Montag, dem des „heiligen Abends“, alle Bureaus und Arbeitsstuben zur Arbeit an Heiz- und Leuchtmaterial geschlossen zu halten. Werben in Berlin und Frankfurt a. M. die Banken und Börsen diesem Tage geschlossen bleiben. Auch der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes hat den ihm angeschlossenen Klubs empfohlen, das gleiche zu tun, und um völlige Einheitsföhrung zu erreichen, treten jetzt die Zweigorganisationen des Deutschen Bankenervereins an alle diejenigen örtlichen Bankvereinigungen an die einzelnen Firmen, die bisher einen dahingehenden Beschluß noch nicht gefaßt haben, direkt mit der Bitte heran, sich dem anzuschließen.

*** Einziehung der Zweimarkstücke.** Die Geltungsdauer durch Bundesratsverordnung vom 4. August 1917 auf Kraft gekürzten Zweimarkstücke läuft, worauf wiederholt aufmerksam gemacht sei, demnächst ab. Vom 1. Januar 1918 ab sind die Zweimarkstücke nicht mehr gesetzliches Zahlungsmittel und brauchen daher nicht mehr als Geld angenommen zu werden. Nur die mit Einlösung beauftragten behördlichen Kassen nehmen die Zweimarkstücke noch bis zum 1. Juli 1918 in Zahlung oder tauschen sie gegen anderes Geld um. In der letzten Zeit sind noch ziemlich viel Zweimarkstücke im Umlauf gewesen.

*** Zinfroschen statt Nickel.** Die Nickelzehnpfennigstücke werden allmählich aus dem Verkehr gezogen. An ihrer Stelle werden Zehnpfennigstücke aus Zinf bis zur Höhe von je zwei Millionen Mark ausgegeben, wie solche bereits seit einiger Zeit im Umlauf sind. Die Zinfzehnpfennigstücke sind dem Nickeln, abgesehen von ihrem wesentlich leichteren Gewicht, der Prägung ähnlicher als die eisernen Zehnpfennigstücke. Sie haben nicht den kleinen Ueber der eisernen „Groschen“, sondern den großen wie die „Nickel“. Gemeinsam mit dem eisernen ist ihnen dagegen das wagemacht stehende Wort „Pfennig“ und die Jahreszahl unter der 10. Sie haben schmalen Glanz und erscheinen in der Farbe bläulichgrün gegenüber den leichtgelblichen Nickeln.

Verteuerter Reisen.

Nach einer Bekanntmachung der Königlich Preussischen Direktion tritt vom 15. Dezember d. J. eine andere Regelung der Berechnung der Fahrpreise für Schnellzüge ein.

Es sind von diesem Tage an mit Ausnahme der Strecke unter 3 Mark für jede Fahrt 100 Prozent Zuschlag zu zahlen. Gegen die bisherige Festsetzung der Schnellzugs-Zuschläge ist die jetzige Regelung eine gerechtere als bisher.

Neben dieser Neuordnung steht eine allgemeine Reform des Personentarifs bevor. Wie aus Süddeutschland aus dem geblich gut unterrichteten Quellen gemeldet wird, hat man sich auf einen neuen Tarif geeinigt, der zum 1. April 1918 zur Einführung kommen soll. Danach wird der Fahrpreis für den Kilometer wie folgt bemessen:

bei der 1. Klasse	9 Pfennige,
2. "	5,7 "
3. "	3,7 "
4. "	2,4 "

Bei Schnellzügen treten besonders Zuschläge wie ja auch bisher schon hinzu. Diese sollen wie folgt bemessen werden:

bei 1—75 Kilometer für die 1. und 2. Klasse	1 Mk.,
für die 3. Klasse	0,50 Mk.,
bei 75—150 Kilometer für die 1. und 2. Klasse	2 Mk.,
für die 3. Klasse	1 Mk.,
bei 150—350 Kilometer für die 1. und 2. Klasse	3 Mk.,
für die 3. Klasse	1,50 Mk.,
über 350 Kilometer für die 1. und 2. Klasse	4 Mk.,
für die 3. Klasse	2 Mk.

Daraus ergibt sich, daß die Zuschläge verdoppelt werden sollen mit Ausnahme der neu eingeschalteten Entfernungsstufen von über 150 bis 350 Kilometer, in welcher die Steigerung nur 50 Prozent beträgt. Während früher der höchste Zuschlagssatz bei einer Entfernung von über 150 Kilometer mit 2 Mark in der ersten und der zweiten Klasse und mit 1 Mark in der dritten Klasse eintrat, soll in Zukunft der höchste Satz erst bei Entfernungen von über 350 Kilometer in Anrechnung kommen und zwar mit 4 Mark in der ersten und zweiten Klasse und mit 2 Mark für die dritte Klasse.

Erweiterung der Massenpeisung.

Der preussische Staatskommissar für Volksernährung hat mit Rücksicht auf die der Winterzeit infolge der Lebensmittelpenarth und der Kohlen- und Gasnot zu erwartende wesentliche gesteigerte Teilnehmerzahl an den Massenpeisungen die Gemeinden nachdrücklich ersucht, umgehend und rechtzeitig auf eine Erweiterung der Massenpeisungseinrichtungen Bedacht zu nehmen, da viele Haushaltungen, die bisher noch in der Lage gewesen sind, sich für Essen selbst zubereiten, in diesem Winter auf die Volks- und Kriegslagen angewiesen sein werden.

Die Lohnbewegung bei Schichau in Danzig

ist nach der unerwarteten Ablehnung des Schiedspruches durch die Firma in ein ernstes Stadium getreten.

In Nummer 48 unserer Zeitung berichteten wir, daß die Arbeiter der Firma S. Schichau, Danzig, sich dem am 23. November vom Schlichtungsausschuß in Danzig gefällten Schiedspruch unterworfen haben, obwohl durch den Schiedspruch nicht alle Forderungen erfüllt wurden und ein genereller Ausgleich zwischen allgemeiner Teuerung und Entlohnung dadurch nicht herbeigeführt wird. Wir setzten voraus, daß auch die Firma Schichau den wirtschaftlichen Frieden, den die gegenwärtige Zeit gebieterisch fordert, halten und die vom Schlichtungsausschuß in Danzig als berechtigt anerkannten Wünsche der Arbeiterschaft erfüllen würde. Wir wurden leider durch das ablehnende Verhalten der Firma eines anderen belehrt. Die Firma besaß nicht das nötige soziale Verständnis für die Forderungen der Arbeiter, das wir ihr zumuteten. Die Verantwortung für das was nun folgt, hat natürlich die Firma allein zu tragen.

In einer Massenversammlung am 8. Dezember nahm die Arbeiterschaft Stellung zu der Erklärung der Firma, die am 7. Dezember, dem letzten Tage der Frist, dem Schlichtungsausschuß in Danzig übermittelt worden ist. Kollege Arczynski konnte der Versammlung die Mitteilung machen, daß sich die Firma Schichau dem Schiedspruch nicht unterworfen hat. Der Eindruck, den die Ablehnung des Schiedspruches bei den Versammelten machte, löste einen Sturm der Entrüstung aus, welcher nur mit Mühe besänftigt werden konnte. Für die Firma Schichau besteht ein Hilfsdienstgesetz nicht. Schiedsprüche, gefällt von einer behördlichen Einrichtung, sind für sie unangenehme Dinge. Wenn die Firma Schichau aber geglaubt haben sollte, daß sie durch ihren Machspruch den Arbeitern eine bessere Ueberzeugung beibringen könne, so hat sie sich gewaltig geirrt. Die Arbeiterschaft steht auf dem Boden des geltenden Rechts. Vom Schlichtungsausschuß ist der Spruch gefällt und sie wird alles daran setzen, um ihrem Rechte Geltung zu verschaffen. Durch einstimmigen Beschluß, die Organisationsvertreter zu beauftragen, sofort mit dem Stellvertretenden Generalkommando in Verbindung zu treten, haben die Versammelten ihren Willen klar und bestimmt zum Ausdruck gebracht.

Am Sonntag den 9. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, wählten und fanden die Beauftragten eine Unterredung mit dem General-Kommando. In mehrstündiger Beratung legten die Arbeitervertreter noch einmal die Forderungen der Arbeiterschaft dar und stellten die bei Schichau erzielten Löhne mit den auf anderen Werften gezahlten in Vergleich. Den Vertretern wurde erklärt, daß das General-Kommando die Firma Schichau hören, und den Organisationsvertretern das Ergebnis der Verhandlungen mitteilen wird.

Am Montag den 10. Dezember fällt sich wieder der große Saal des Schmiedischen Lokales. Im Hof, in den Gängen,

Kopf an Kopf haben sie, die für Schichau Arbeitenden, herrchend auf den Bericht ihrer Organisationsvertreter. Galsowski, als Berichterstatter, konnte nicht viel berichten, da eine Entscheidung noch nicht gefallen war. Die Antwort aber bestimmt am Dienstag vom General-Kommando eintreffen wird. Die Versammelten verließen den Saal in der festen Absicht, auszuführen bis zum letzten, gebührend die Arbeit weiterzuführen.

Am Dienstagvormittag 5 Uhr hatten die Unterhändler eine neue Unterredung mit dem Kommandierenden General Erzengel Wagener und den Offizieren des General-Kommandos. Den Arbeitervertretern wurde das Resultat der Verhandlung mit der Firma Schichau bekannt gegeben. Die schriftlich niedergelegte Erklärung der Firma lautet im wesentlichen Teil: „Die Umrechnung der Wochen- in Stundenlöhne jetzt durchzuführen ist unmöglich. Die Befürchtung der Arbeiter, daß die bisher gezahlten und die etwa noch zu zahlenden Teuerungszulagen mit Beendigung des Krieges aufgehoben werden, ist unbegründet. Diese Zulagen sollen auch nach dem Kriege bestehen bleiben. Wir sind bereit, zu unserem ersten Zugeständnis (5 Mark pro Lohnperiode) noch etwas zuzulegen. Den Kranken wollen wir ein erhöhtes Krankengeld gewähren.“ — Nach Ansicht der Firma soll dies die äußerste Grenze des Möglichen sein.

Am Dienstag den 11. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, versammelten sich die Arbeiter des Betriebes im großen Saale des Hofeshauses in der Löpfergasse. Auch dieser Saal war zu klein um alle Erschienenen zu fassen. Galsowski erstattete den Bericht und teilte der Versammlung die oben angeführten Sätze mit. Ein Sturm der Entrüstung durchbrauste den Saal, als die Anwesenden das Ultimatum der Firma vernahmen. „Wir wollen Lohn- und keine Teuerungszulagen“, erschalle es aus allen Ecken. Wir wollen von der Firma nichts geschenkt haben, nur die Anerkennung des Schiedspruches, unseres schriftlich niedergelegten Rechts, fordern wir. Wenn gr. und kleinere Betriebe, wenn die Arbeiter in den staatlichen Werkstätten Lohn erhöhungen erhalten, kann die Firma Schichau sie nicht recht gewähren.“ Dies war die Antwort der Arbeiter. Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, die Gewerkschaftsvertreter zu beauftragen, sofort mit der letzten zentralen Behörde, dem Kriegsamt in Berlin, über das Verhalten der Firma in Verhandlungen einzutreten und das Resultat abzuwarten.

Die Firma Schichau aber sollte sich des Ernstes der Situation bewußt sein und fragen, ob sie durch ihr Vorgehen, durch ihr kategorisches Nein, dem Vaterlande und sich selbst nicht mehr schadet als nützt.

Wie wir weiter hören, sollen die Verhandlungen am heutigen Tage im Beisein eines Vertreters des Berliner Kriegsamts in Danzig fortgesetzt werden.

Einladung mit Kartoffeln.
Bis zum 15. Dezember sollen die Städte mit zu ihres ganzen Kartoffelbedarfs eingebett sein. Die Stadt Danzig hatte bis zum 5. August 1918 721 048 Zentner Kartoffelbedarfs zu beanspruchen. Bisher sind 400 000 Zentner geliefert worden. Bei dem günstigen Liefersituationen werden nachher natürlich fortgesetzt, was auch zu empfehlen ist. Danzig könnte dann zum Frühjahr seinen ganzen Kartoffelanspruch in der Stadt haben. Das wäre insofern günstig, als dann die Gefahr besteht, daß der Danziger Kartoffelanspruch auf dem Lande veräußert wird, und die Stadt, bis im vorigen Jahre, nicht einmal die Kartoffelmenge erhält, die ihr von der Reichsartoffelstelle zugesprochen worden. Die Anlieferung nach Danzig ist auf jeden Fall viel empfehlenswerter und sicherer, als die Lieferungsverträge, die das Kriegsernährungsamt den Städten abzuschließen empfiehlt. Die Stadt Köln hat bereits vor einiger Zeit ihren ganzen Kartoffelbedarf bezogen. Aus diesen Lieferungen geht auch hervor, wie erfreulich leistungsfähig die Eisenbahn sich trotz starker Beanspruchung gezeigt hat.

Uebermäßiger Gewinn im Gänsehhandel.
Die Eigentümerin Auguste Kandeke, von Karlhaus her, brachte im Dezember 1916 Gänse auf den Langfuhrer Markt, um sie hier teuer zu verkaufen. Ein Höchstpreis für Gänse besteht leider nicht, aber die Polizei hielt einen Preis von 4,50 Mark für das Pfund als angemessen. Die Frau forderte jedoch 5,60 Mark für das Pfund. Wegen übermäßiger Preissteigerung stand sie nun vor dem Schöffengericht. Wie sie selbst erklärte, hat sie sogar, bevor sie auf den Marktplatz kam, 10 Mark für das Pfund gefordert. Sie meinte, sie könne doch fordern, was sie wolle, nur nicht annehmen. In Wirklichkeit habe sie die Gänse verkauft so wie es die Polizei nach ihrem Eingreifen vorschrieb. Das Schöffengericht war jedoch nicht dieser Auffassung und erkannte auf eine Geldstrafe von 50 Mark.

Weitere Bierverdünnung.
Im Frieden pflegten die Normalbiere einen Stammwürzegehalt von 10—12 Prozent zu haben. Im Februar d. J. wurde der Mindestgehalt auf 6 Prozent, einfachster auf 5 Prozent oder weniger festgesetzt. Dann folgten weitere Herabsetzungen und zuletzt wurde für das Dänische eine Stammwürze von circa 3 Prozent bestimmt. Aber damit ist, wie es scheint, der Tiefstand noch nicht erreicht. Denn jetzt hat der Zentralausschuß für Inlandsbierversorgung beschlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammwürzegehalt von nicht mehr als 2 Prozent angelegen sein zu lassen.

**Arbeiter und Parteigenossen!
Agitiert für die Volkswacht!**

Aus Westpreußen

Der Kampf um das preussische Wahlrecht

beschäftigte die Dhracer Parteigenossen in ihrer letzten Mitgliederversammlung. Genosse Krüger-Danzig baute seinen Vortrag auf folgende Grundgedanken: Die Geschichte der Menschheit ist eine Geschichte von Klassenkämpfen. Das zeigt sich auch heute. Die Regierung hat dem preussischen Volke durch die Osterbotschaft und dem Erlaß vom 11. Juli das freie Wahlrecht zugesagt. Eine kleine, aber mächtige Klasse, die Konservativen, versuchen nun mit aller Kraft die Erfüllung des Versprechens zu verhindern. Sie befürchten eine Minderung ihrer Macht. Deshalb werden sie alles tun, um die Gesetzesvorlagen zum Scheitern zu bringen. Die Fortschritte der neuen Wahlrechtsvorlage werden zum Teil beeinträchtigt durch Bestimmungen, die sich gegen die Arbeiterschaft richten. Vor allen muß das Frauenwahlrecht gefordert werden. Das Heldentum der Frau ist oft genug gepriesen worden. Jetzt solle man allen erwachsenen Preußen ohne Unterschied des Geschlechts das gleiche Wahlrecht geben. Die deutsche Sozialdemokratie ist sich der ernsten Lage bewußt und wird ihren Mann im Wahlrechtskampfe stellen. In den Vortrag schloß sich eine anregende Aussprache.

Genosse Walz erstattete Bericht über seine Tätigkeit als ehrenamtlicher Kontrolleur. Den in der Ernährungs-Kommission tätigen Genossen wurden verschiedene Anregungen mit auf den Weg gegeben. Einen Heiterkeitserfolg hatte der Vorsitzende bei der Verlesung eines Berichtes, den die „Unabhängigen“ über unsere Mitgliederversammlung vom 14. November veröffentlicht haben. Die Anwesenden waren Zeugen der Vorgänge und konnten so selbst beurteilen, wie die „Unabhängigen“ ihre Anhänger beschwänden.

Der Ernährungsausschuß in Odra

beschloß in seiner Sitzung am 12. Dezember, die von der Reichsbedarfsstelle gelieferten 1000 Paar Strümpfe sofort verteilen zu lassen. Sie kommen zu den behördlich festgesetzten Preisen gegen Bezugsschein in folgenden Geschäften zum Verkauf: Bohnke, Südstraße, Laube, An der Ostbahn, und Majinski, Schönfelder Weg. Zum Weihnachtsfeste erhält ein jeder ein Stück Pfefferkuchen. Die Schulkinder erhalten eine Tafel Schokolade. Als Ersatz dafür kann auch Pfefferkuchen verlangt werden. Voraussichtlich kommen in der nächsten Woche Ändeln zur Verteilung. Zugleich wird pro Karte je 1/2 Pfund Honig und Kaffeesatz abgegeben. Der Magistrat der Stadt Danzig lehnt eine Uebernahme der Odraer Volksküche ab. Für die Schulküchen will er die notwendigen Nährmittel liefern. Das Fleisch wird jetzt vom städtischen Schlachthof geliefert. Petroleum kommt im Anfang der nächsten Woche zur Verteilung.

Aus der Zuchener Heide, 2. Dezember. Der Hauptmann der Wildererkompagnie. Seit etwa 2 Jahren hält sich der Wildererkompagnie in den Wäldern der Zuchener Heide Westpreußen ein junger Mensch namens Klein Schmidt verborgen und führt hier ein Räuberleben. Er verübt in einfam gelegenen Wäldern und Forsthäusern verwegene Einbrüche, überfällt Wälder und Forsthäuser auf den Handrücken und beraubt sie.

bisher nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. Nach jeder Waldstrecke schreibt er Drohbriefe an die interessierten Behörden und „ersucht“ sie, „ja derartige Dinge zu unterlassen, da er darin keinen Spaß verstehe“. Unterzeichnet sind diese Schreiben mit „Der Hauptmann der Wildererkompagnie“. Beschiedentlich hat der moderne Rinaldo auch auf Personen geschossen und einen Förster am Schenkel erheblich verletzt.

Ein friedlicher Kampf

steht bevor, wenn des blutigen Krieges Waffen niedergelegt sein werden. Für den kommenden friedlichen Kampf das Rüstzeug zur Hand zu nehmen, ist eine unabwiesbare Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen. Das Rüstzeug ist die

Agitation für die Partei-Presse!

Darum verkert keine Zeit, schon jetzt für den kommenden Kampf tätig zu sein!

Gewerkschaftliches

Auffleg des Bergarbeiterverbandes!

44 999 Neuaufnahmen hat der Verband der Bergarbeiter Deutschlands bis jetzt im Jahre 1917 zu verzeichnen, davon brachte das dritte Vierteljahr allein 23 497. Der Mitgliederbestand übersteigt wieder 96 000 und wird zweifellos noch vor Jahreschluss 100 000 erreichen. Die Bergarbeiter haben den Nutzen der Organisation endlich begriffen und zeigen ihren Brüdern im Felde durch die Tat, daß sie auch dabei treue Wacht halten und für die Heimkehrenden gut vor sorgen — zum Wohle des ganzen deutschen Volkes. Die nie zuvor erreichte Zuwachsziffer beweist aber auch weiter vor allen Streik hinaus, daß die Gewerkschaften und Gewerkschaftsvorstände das volle Vertrauen der Arbeiter haben, wie sie es verdienen.

Aus der Partei

Reichstagsabgeordneter H. Stadthagen gestorben.

Nach längerem Krankenleiden starb am Dienstag in Berlin der früher sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Arthur Stadthagen. Er gehörte stets zum linken Flügel der sozialdemokratischen Partei und bei der Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion schloß er sich den „Unabhängigen“ an. Stadthagen war Schriftsteller, geboren am 23. Mai 1857, konfessionslos, besuchte das Gymnasium und studierte die Rechte. Bis 1902 war er dann Rechtsanwalt und wurde wegen seiner politischen Betätigung aus der Anwaltschaft ausgeschlossen. Er war auch Mitglied der Berliner Stadtvertretung.

Im Reichstage vertrat Stadthagen den Riesenwahlkreis Potsdam VI (Niederbarnim), in welchem bei der letzten Wahl im Jahre 1912 insgesamt 129 269 Stimmen abgegeben wurden. Von diesen entfielen auf Stadthagen 92 559, in den Rest teilten sich hauptsächlich der Kandidat der Reichspartei und der der Fortschrittler.

Nur einmal, abgesehen natürlich von seinen Reichstagsreden, greift seine Tätigkeit über das Berliner Gebiet weit hinaus, damals nämlich, als er sein „Arbeiterrecht“ verfaßte, das vielen Arbeitervertretern und Arbeitern im ganzen Reich ein wertvoller Ratgeber geworden ist.

Stadthagen genoss in Berlin und besonders in seinem Wahlkreis große Volkswürdigkeit, die er vor allem einer ständigen engen Beziehung mit den Massen verdankte. Unermüdet bearbeitete er

seinen ungeheuren Wahlkreis, sein Dorf war ihm zu klein, kein Kreis zu jung, um in ihm zu sprechen. Seiner Krankheit, einem schweren Lungenseiden, widerstand er mit eiserner Mut.

Das Protokoll des Würzburger Parteitages

wird in einigen Tagen versandfertig. Der Papierknappheit wegen konnte nur eine kleine Auflage gedruckt werden und da Nachdruck ausgeschlossen ist, wird um baldige Bestellung gebeten. Das Protokoll umfaßt mit den Anhängen 640 Seiten und enthält außer den Verhandlungsberichten die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion für die Jahre 1914/17 und im Anhang die Berichte für das Jahr 1913, die dem durch den Kriegsausbruch vereinfachten Parteitag von 1914 vorgelegt werden sollten. In dem Protokoll haben ferner die schriftlich erstatteten Berichte über „Die nächsten Aufgaben der Partei“ Aufnahme gefunden und zwar: 1. Demokratisierung von D. Landsberg; 2. Die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik von H. Cunow; 3. Die künftige Finanzpolitik von W. Reit; 4. Unsere sozialpolitischen Aufgaben von R. Wiffel.

Der Preis beträgt für das broschürierte Exemplar 3 Mk., für das gebundene Exemplar 5 Mk. Die auf bestem Papier gedruckte Ausgabe für den Buchhandel kostet broschüriert 6 Mk., gebunden 9 Mk. Diese Ausgabe kann durch jede Buchhandlung bezogen werden oder vom Verlag: Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68.

„Unabhängige“ und Konsumvereine

Der schier unverständliche Haß der „Unabhängigen“ gegen die Sozialdemokratie betätigt sich auf allen Gebieten der Arbeiterbewegung zerstörend und herunterreichend. Die Berliner Konsumgenossenschaft hielt Dienstag bereits die dritte Fortsetzung ihrer Generalversammlung ab, ohne sie abzuschließen zu können. Sie mußte wieder vertagt werden. Sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrats und Vorstandes, die nicht genügend „unabhängig“ schienen, wurden hinausgewählt und wenn sie auch in jahrelanger Aufopferung für die Genossenschaft gearbeitet hatten. Die Opposition führt der Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann. Er fordert die Kündigung eines der „Vorwärts“-Druckerei gegebenen Darlehens mit der unwahren Behauptung, daß die Gefahr des Verlustes des Geldes bestehe. Dabei weiß natürlich auch dieser Abgeordnete, daß die Zeitung „Vorwärts“ geschäftlich etwas anderes, als die Druckerei „Vorwärts“ ist. Dann ist ihm aber auch bekannt, daß die Zeitung nicht rückwärts, sondern vorwärts geht und in 3 Monaten nicht weniger als 30 000 Abonnenten gewonnen hat! Er erklärte aber zugleich, daß die „Unabhängigen“ nach dem Kriege ein eigenes Blatt in Berlin gründen werden. Damit verletzt er in der ein Geheimnis noch eine Gefahr für die Sozialdemokratie, wohl aber seine wahren Gründe! In den drei Versammlungen haben nicht weniger als 23 Redner gesprochen, während noch 25 gemeldet sind. Das ist Friedensförderung und praktische Arbeit der „Unabhängigen“ im Loben des Weltkrieges!

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Nachruf.
Montag, den 12. Dezember, starb unser langjähriges Mitglied der **Maurer** 330
Karl Dobrowski
Ehre seinem Andenken. Der Vorstand.

Deutscher Bauarbeiter-Verband : Zweigverein Danzig

Nachruf!
Unser treues Mitglied, der Maurer
Karl Dobrowski
starb nach kurzer Krankheit am Montag, den 12. Dezember.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Der Vorstand.
331

Was schenke ich zu Weihnachten?

Von Unten Auf Das Werk der besten sozialistischen Dichtungen. Gesammelt und gestaltet von Dr. Franz Diederich. Mit 26 Bildern. In einem Leinenband 8 Mk., in zwei gut gebundenen Bänden 5,— Mk. — Vom drängenden Leben der Zeit will dieses Buch der Dichtung zeugen, vom Leben, das von unten auf treibt und keimt, vom Leben, das schwerste Mühe und heiligste Arbeit austreibt und alle beste Kraft und die höchsten Opfer vom einzelnen zum Segen des Ganzen fordert.

Ulenbrook Briefe aus der Heide an meine jungen Freunde. Von J. Brand. In diesem vortrefflichen Buch bietet Freund Brand zwölf Briefe, die er den Kindern in zwölf Monaten des Jahres aus seinem Ulenbrook schreibt. Durch jeden einzelnen dieser Briefe lernen die Leser ein besonderes Kapitel der Natur kennen. Gebunden, mit Buchdruck versehen, Preis nur 2,— Mark.

Eine Reise nach Island und den Westmänner-Inseln. Reisebriefe und Tagebuchblätter von E. Sonnemann (Jürgen Brand). Mit vielen Illustrationen. — Preis gebunden 3,— Mark. Der durch sein „Ulenbrook“ schon bekannte Verfasser weiß, daß Kinder sehr gern solche Reisebeschreibungen lesen, darum schrieb er diese Reisebriefe.

Unser Wald Von C. Grotzewitz, herausgegeben von W. Bölsche. Mit zahlr. Abbild. Dieses Buch hat bei den bedeutendsten Pädagogen wie in der Presse begeisterte Aufnahme gefunden. Gebunden 3,— Mk.

Sonntage eines Großvaters in der Natur Von C. Grotzewitz. Vorwort von Wilhelm Bölsche. Mit Buchdruck und einem Porträt des Verfassers. Das kleine Werkchen fand allseitige Anerkennung und hat sich viele Freunde erworben. Geb. 1,25 Mk.

Kreuz u. quer durch den Balkan Reisebeschreibung von L. Lellen. In diesem Buche werden Land und Leute der Balkanhalbinsel lebendig gezeichnet. Illustriert von J. Schur. Geb. 2,— Mk.

Mit dem Cornister Angehinkte Feldzugs-Erinnerungen eines Infanteristen aus dem Jahre 1870. Von Rückert. Gebunden 2 Mark.

Jugendchriften, Märchenbücher und Bilderbücher in reicher Auswahl in allen Preislagen



Inhalt:
Alte Lieder / Mit roten Kressen / Sturmlieder vom Meer / Wach auf! / Soziale Lieder / An sonnigen Borden / Winterfaß / Ausklang
Reich illustriert von Oskar Zahnke

Preis 5,— Mk.



Berliner Humor

Unterm Brennglas

Berliner politische Satire von Adolf Glasbrenner

Ausgewählt u. eingeleitet von Dr. Fr. Diederich
Mit 117 Bildern

Broschiert 4,— Mk., gebunden 5,— Mk.

Ursprung der Religion und des Gottesglaubens von G. Lamer. Preis 1,50 Mk.

Entwicklungsgeschichte der Erde von Engelbert Graf. Mit 47 Abbildungen und einem Anhang: Geologische Profile und Erläuterungen geologischer Fachausdrücke. Preis 1 Mk.

Der kleine Stadtbaumeister Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Erzieher von G. Bralle. Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln. Mehrfach lehrreich und anregend. Preis 1,50 Mk.

Deutsche Geschichte vom Ausgang des Mittelalters. Zeitfaben für Lehrende und Lernende von F. Wehring. Gebunden 2,50 Mk.

Herzliche Grüße Geschichten von St. Großmann. Eine gute Sammlung fleißigster Erzählungen der Freuden und Leiden des täglichen Lebens. Preis brosch. 2 Mk., gebunden 2,80 Mk.

Die Zarengeißel Sturmchöre aus hundert Jahren. Von Dr. F. Diederich. Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den Jazismus, der Rußland blutig frecht. Es ist ein Sammelbuch voll Unerbittlichkeit. Was beim Sturm des gegenwärtigen Krieges entstanden. Preis 60 Pf.

Vortwärts-Bibliothek. Jeder gut gebundene Band 1,50 Mk.

Buchhandlung Volkswacht * Paradiesgasse 32

Herren-Anzüge

aus Lieferungen der Reichsbekleidungsstelle gegen Bezugsschein „Kriegsanzug“ empfiehlt

Eugen Hasse

Passage, Kohlenmarkt 14/16.

Deutscher Metallarbeiter-Verein, Verwaltungsstelle Danzig

Sonntag den 16. Dezember 1917, vorm. 9 Uhr
bei Schmidtke, Schichaugasse Nr. 8

Außerordentliche Generalversammlung

Tagesordnung wird im Lokale bekanntgegeben.

Um zahlreichen Besuch bittet Die Ortsverwaltung.

323

Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Ohne dasselbe kein Zutritt.

Bekanntmachung

betr. Anwerbung für politische Vereine in Heer und Marine.

R. M. Nr. 5555 17 u. A.

E. Nr. 5975

Zur Erhaltung des Kriegsvorstandes wird für den Bereich des XVII. Armee-Korps einschließlich der Festungen Graudenz, Thorn, Danzig, Culm, Marienburg, Weichsel, auf Grund der §§ 4b und 9 des Gesetzes über den Selbstverwaltungsausschuss und des Gesetzes vom 10. Dezember 1915 folgendes angeordnet:

- Es wird verboten, in Heer und Marine Mitglieder für politische Vereine, namentlich Wahlvereine, anzuwerben. Dieses Verbot gilt für alle politischen Vereine ohne Unterschied der Parteien.
- Wahlwerbungen gegen das Verbot zu 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Beim Vorliegen mildernde Umstände kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark erkannt werden.
- Dieses Verbot tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Danzig, Graudenz, Thorn, Culm, Marienburg,
den 3. Dezember 1917.

Stabschef des Generalkommandes XVII. Armee-Korps.

Der kommandierende General

Der Generalmajor der Festungen Graudenz und Thorn.

Der Kommandant der Festungen Danzig, Culm und Marienburg.

Wochenplan des Danziger Stadttheaters

Montag, 17. Dezember, abends 7 Uhr: „Die bessere Hälfte“.

Dienstag, 18. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr: „Die Weiskerfänger von Nürnberg“.

Mittwoch, 19. Dezember, abends 7 Uhr: „Das Haus am Meer“.

Donnerstag, 20. Dezember, abends 7 Uhr: „Ludwig“.

Freitag, 21. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr: „Die Weiskerfänger von Nürnberg“.

Sonnabend, 22. Dezember, abends 7 Uhr: „Der Strom“, Drama von Max Halbe.

Sonntag, 23. Dezember, abends 7 Uhr: „Die Förker-Griek“.

Notizbücher Kariendiese, Feldpostkarten, Briefpapier empfiehlt die Buchhandlung Volkswacht.

Zeitungsfrau

zum Austragen der Volkswacht sucht

O. Seifert, 325
Wilsberg, Marienburg.

Öffentliche Versammlung

am Sonntag d. 16. Dezbr., vorm. 10 1/2 Uhr
im Bildungsvereinshaus, Hinfergasse 16.

Tagesordnung:

- Die im Auftrage der Versammlung vom 18. November sandten Eingaben.
- Bericht über gegenwärtiges Mietrecht und Wohnungsnot. Rechtsanwalt Dr. Sachsenhaus.
- Ausprache und Beantwortung von Anfragen über das gungsam.

Zur Teilnahme laden ein

Kriegsausgleich für Konsumenten-Zurechen
Danziger Beamtenverein
Arbeitsgemeinschaft der Beamten- und Lehrervereine
Katholischer Lehrerverein zu Danzig
Deutscher Vertriebsverband, Bezirksverein Danzig
Nationaler Francendienst
Bund technischer Industrie-Beamter, Ortsgruppe Danzig
Partei der zentralorganisierten Gewerkschaften zu Danzig
Partei der christlichen Gewerkschaften zu Danzig
Ortsverband der deutschen Gewerksvereine (G. D.)
Katholisches Arbeitervereins zu Danzig
Evangelischer Arbeiterverein zu Danzig
Bund deutscher Bodenreformer, Ortsgruppe Danzig
Danziger Mieterverein.

Deutschland

Schluss der ersten Wahlrechts-Debatte

Die erste Lesung des Dreiklassenwahlgesetzes über die neue Wahlrechtsvorlage ist beendet. Sie zeigt keinen neuen Gesichtspunkt und führte nur den überflüssigen Beweis durch, daß das Volk von dieser Kammer des Vorrechtes gar nichts zu erwarten hat. Man weiß jetzt, daß die Mehrheit aus Konservativen, Freisinnigen und einem Teil Nationalliberalen und einigen schwankenden Zentralkern bestehend, das gleiche Wahlrecht des Königs unter keinen Umständen Gesetz werden lassen will.

Die Wahlrechtsvorlage ging dann an eine Kommission von 35 Mitgliedern, deren Vorsitzender wahrscheinlich der Nationalliberale Hausmann sein wird.

Was aus dem Wahlrecht und dem Versprechen des Königs wird, wird aber nicht in dieser Dunkelkammer des Dreiklassenwahlgesetzes bestimmt werden! Das preussische Volk weiß, was die Feinde des freien Wahlrechts in der öffentlichen Beratung zu sagen wagten. Es gibt sich daher keine Täuschung über das hier, was hinter den Kulissen versucht werden wird.

Den Standpunkt der Sozialdemokratie begründete in vorzüglicher Weise Genosse Paul Hirsch.

Hg. Hirsch (Soz.): Die Verherrlichung des Junkertums durch den Vorredner, seine Angriffe auf die Sozialdemokratie und sein Wort gegen das Reichstagswahlrecht zeigen, wie schwach die Position der Konservativen ist. Ich kann natürlich nicht auf alle einzelnen Angriffe eingehen, zumal der größte Teil der Ueberreibungen sich von selbst richtet. Er hat auch die in der Presse der Rechte immer wiederkehrende Behauptung wiederholt, das gleiche Wahlrecht sei der Krone abgelaufen, sei von ihr erpreßt. Mit diesem Märchen sollte nach der gestrigen Erklärung des Vizepräsidenten des Staatsministeriums, wonach die Gewährung des gleichen Wahlrechts der ausdrückliche Wille der Krone ist, ein für allemal aufgeräumt sein. Es kann nur komisch wirken, wenn die Konservativen glauben, die Krone gegen sich selbst in Schutz nehmen zu müssen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Das Reichstagswahlrecht bezeichnete Herr von der Osten deshalb als ungerichtet, weil den Minderheiten dadurch keinerlei Vertretung eingeräumt werde. Auch wir sind bekanntlich der Ansicht, daß die Minderheiten beim Reichstagswahlrecht nicht richtig vertreten sind.

Gerade die Sozialdemokratie leidet darunter am meisten. Deshalb fordern wir ja auch das Proportionalwahlrecht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Möge auch Herr von der Osten mit uns für das Proportionalwahlrecht eintreten. Aber sein Ziel ist ja die Beseitigung des Reichstagswahlrechts überhaupt, und womöglich die Einführung des Dreiklassenwahlrechts zu den Wahlen des deutschen Reichstags. — Was Herr von der Osten über die Sozialdemokratie gesagt hat, erinnerte mich lebhaft an die Debatten, die wir im Reichstag wiederholt mit Vertretern des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gehabt haben. Ich hätte gedacht, daß nach dem dieser Verband seine Tätigkeit eingestellt hat, auch seine früheren Vertreter die Schutzfolgerung daraus ziehen würden. Charakteristisch für die Art, wie die Konservativen kämpfen, war die Behauptung des Vorredners, eine sozialdemokratische Zeitung habe geschrieben, mittels des allgemeinen Wahlrechts solle die Klassenherrschaft des allgemeinen Proletariats ausgerichtet werden. Es ist selbstverständlich, daß so etwas niemals in einem sozialdemokratischen Blatte stehen kann, denn unser Bestreben geht gerade dahin, nicht nur die Klassenherrschaft der preussischen Junker, sondern die Klassenherrschaft überhaupt zu beseitigen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Nach dem Verlauf der bisherigen Debatte sind die Ausichten der Wahlreform, insbesondere des gleichen Wahlrechts sehr schlecht. Die Konservativen sind entsetzte Gegner. Im Zentrum ist eine Anzahl den programmatischen Forderungen dieser Partei untreu geworden und ist entschlossen, dagegen zu stimmen. — Und auch von den Nationalliberalen will nach Herrn Hausmann nur eine kleine Zahl dafür stimmen. Wenn es also nicht in der Kommission gelingt, einen Umschwung in den Anschauungen herbeizuführen, dann kann man jetzt schon sagen, daß das gleiche Wahlrecht, das heißt das werkschlechte Stück der Wahlreform, gescheitert ist. Vor welcher Situation stehen wir da?

Der König hat das gleiche Wahlrecht feierlichst versprochen. Selbstverständlich — da stimme ich mit Herrn von der Osten überein — hat das Abgeordnetenhaus nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, jede Vorlage der Regierung gewissenhaft zu prüfen. Ebenso selbstverständlich sind wir als Abgeordnete nicht an das Versprechen der Krone gebunden. Aber gebunden an ihr Versprechen ist die Krone. Sie kann unmöglich ein Wahlgesetz unterzeichnen, das im Volke nicht das gleiche Wahlrecht gibt. (Sehr wahr! links.) Das gleiche Wahlrecht kann aber auch nicht bestehen bleiben, denn die Klassenwahlen nach diesem Rechte unmöglich sind, darüber herrscht, gesehen von ganz unabhängigen Elementen, überall völlige Einmütigkeit. Herr Dr. Friedberg hat uns ja gestern nachgewiesen, wie gerade weiteste Schichten des Mittelstandes durch den Krieg völlig unberührt worden sind. Allen diesen würde das Wahlrecht genommen werden. Ein solches Gesetz also kann der König nicht unterzeichnen, so dann haben wir den Konflikt — den Konflikt zwischen Krone und Parlament, den Herr von der Osten uns vorhin an die Wand gemalt ist für den Fall, daß eine größere Anzahl Sozialdemokraten in den Landtag einzöht. Sie sehen also, daß das, was Herr von der Osten uns möglich hinsetzt, um Sie graulich zu machen, heute schon im vollen Umfang droht. (Sehr gut! bei den Soz.)

Welche Gründe sind nun bisher gegen das gleiche Wahlrecht vorgebracht worden? Ich will nicht so unhöflich sein und sagen, daß es nur allgemeine Redensarten dagegen angeführt hat. (Sehr gut! links.) Jedenfalls waren die Gegengründe wenig stichhaltig. Herr Hausmann meinte, seine Erfahrungen ließen ihn an der politischen Lage der breiten Massen des großen Volkes stark zweifeln. Wenn das richtig wäre — ich bestreite es — dann wäre doch die legitime Folge die Abschaffung des Reichstagswahlrechts und sein Ersatz durch ein proportionalwahlrecht, aber nicht etwa nach der Steuerlast und auch nicht nach der Bildung.

Ich würde aber darüber entscheiden? Im übrigen kann ich aus meiner Erfahrung in vielen Versammlungen und Auseinandersetzungen mit meinen Gegnern erklären, daß das nicht richtig ist, was Herr Hausmann sagte. Ich habe gerade die Erfahrung gemacht, daß die Massen der Arbeiterklasse an politischer Bildung und Erfahrung die große Menge der Anhänger der bürgerlichen Parteien weit übersteigen. Das liegt auch in der Natur der Sache. Die Arbeiter haben zu einer Zeit, wo die Söhne aus bürgerlichen Kreisen ihren Eltern nach zur Zeit fallen, bereits hinausgehoben in das Erwerbsleben, sie müssen früher um des Dasein ringen, werden vermehrt durch die wirtschaftliche Krise und lernen so früh den Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und großer Politik kennen. Sie kümmern sich um das, was um sie herum geschieht. Dazu kommt der Einfluß der Gemeindefunktionen und das alles trägt dazu bei, um sie politisch aufzuwickeln. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sagt nun, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen würde dazu führen, daß auch in anderen Bundesstaaten eingeführt wird. Das ist für uns ja selbstverständlich, daß auch in anderen Bundesstaaten das gleiche Wahlrecht nur noch eine Frage der Zeit ist. (Sehr gut! links.) Und warum soll denn nicht wenigstens einmal Preußen den übrigen Bundesstaaten vorangehen? Dann hat man hingewiesen auf die Folgen in den ebenfalls polnischen Bundesstaaten.

Ich würde aber darüber entscheiden? Im übrigen kann ich aus meiner Erfahrung in vielen Versammlungen und Auseinandersetzungen mit meinen Gegnern erklären, daß das nicht richtig ist, was Herr Hausmann sagte. Ich habe gerade die Erfahrung gemacht, daß die Massen der Arbeiterklasse an politischer Bildung und Erfahrung die große Menge der Anhänger der bürgerlichen Parteien weit übersteigen. Das liegt auch in der Natur der Sache. Die Arbeiter haben zu einer Zeit, wo die Söhne aus bürgerlichen Kreisen ihren Eltern nach zur Zeit fallen, bereits hinausgehoben in das Erwerbsleben, sie müssen früher um des Dasein ringen, werden vermehrt durch die wirtschaftliche Krise und lernen so früh den Zusammenhang zwischen Wirtschaftspolitik und großer Politik kennen. Sie kümmern sich um das, was um sie herum geschieht. Dazu kommt der Einfluß der Gemeindefunktionen und das alles trägt dazu bei, um sie politisch aufzuwickeln. (Sehr wahr! bei den Soz.) Man sagt nun, die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen würde dazu führen, daß auch in anderen Bundesstaaten eingeführt wird. Das ist für uns ja selbstverständlich, daß auch in anderen Bundesstaaten das gleiche Wahlrecht nur noch eine Frage der Zeit ist. (Sehr gut! links.) Und warum soll denn nicht wenigstens einmal Preußen den übrigen Bundesstaaten vorangehen? Dann hat man hingewiesen auf die Folgen in den ebenfalls polnischen Bundesstaaten.

Abgeordnete im Parlament einzuwenden, denn kommt damit nicht die Gefahr der Wille dieser Wähler zum Ausdruck, den wir zu respektieren haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Historiker Meinecke, den Herr Hausmann gestern erwähnte, hat geschrieben: Wir können in Zukunft vor dem Volke nicht mehr die Augen aufschlagen, wenn wir denken, die an gewissen Anstrengungen mit allen übrigen Schichten des Landes gewöhnert haben, auch ferner die politische Gleichberechtigung als preussische Staatsbürger verlangen. Wenn Sie diese Worte eines betonnen Historikers gegenüberstellen dem, was Sie eben aus dem Munde des Herrn von der Osten gehört haben, so erkennen Sie daraus, eine wie tiefe Kluft besteht zwischen dem wahrhaft Gebildeten, die die Zusammenhänge des Lebens erkannt haben, und denen, die jäh festhalten an ihren Standesvorurteilen. (Sehr gut! links.) Meinecke erklärt sich auch ausdrücklich für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. Wenn man einwendet, das gleiche Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus werde auch nach sich ziehen, so entspricht das nur einer alten Forderung von uns. Der Vorredner glaubte nun, einen ganz besonderen Trumpf gegen das gleiche Wahlrecht auszuspielen zu können und vielleicht waren diese Worte insbesondere für das Zentrum berechnet, indem er darauf hinwies, daß die Kirchen- und Schulpolitik dann unmöglich in dem gleichen Geiste weiter betrieben werden würde, wenn nicht mehr eine aus Konservativen und Zentrum bestehende Mehrheit vorhanden wäre. Wenn Herr von der Osten von dem Wissensballast sprach, so lag darin die ganze Verachtung der Konservativen vor der Wissenschaft. Hier liegt ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen ihnen und uns vor. Uns geht das Wissen, was heute den Kindern in der Volksschule übermitteln wird, noch lange nicht weit genug, wir wollen gerade aus diesem Grunde die konfessionelle Schule beseitigen und durch die Einheitschule ersetzen. Aber den Herren der Rechten ist schon das, was die Kinder heute lernen, Wissensballast. Am leichtesten hat es sich Herr von der Osten gemacht, der überhaupt keine Gründe gegen die Vorlage vorgebracht hat, und sich über die wichtigsten Argumente der Begründung leicht hinwegsetzte. Ich fühle es ja den Konservativen nach, daß ihnen in dieser Lage nicht gerade wohl zumute ist. Die Herren süßten eben,

daß die Todesstunde ihrer Klasse geschlagen hat. Denn mit dem Sturz des Dreiklassenwahlrechts ist auch die Herrschaft ihrer Klasse gestürzt. Dann hat auch die bedrohte Stellung ein Ende, die sie bisher in gesetzgeberischen Verwaltungen eingenommen hat. (Sehr wahr! links.) Die Herren haben kein Verständnis für die Zeit. Glauben Sie etwa, daß mitten in einer Weltrevolution, die ihre Geschichte nicht in der Geschichte zu verzeichnen hat, in einer Zeit, wo rings um uns Staaten zusammenbrechen, Könige entronnt, Verfassungen über den Haufen gerannt werden — daß in dieser Zeit einzig und allein das preussische Dreiklassenwahlrecht den ruhigen Pol in der Erscheinungen bilden kann? Die Konservativen mögen viel versprechen, aber eins können sie nicht: in Schönheit sterben. (Heiterkeit und Sehr wahr! links.) Professor Delbrück hat in den Preussischen Jahrbüchern neulich daran erinnert, daß der französische Adel von 1789 noch aus ganz anderen Männern bestand. Er hat in der berühmten Augustnacht selbst in der Nationalversammlung die Ansätze seiner Feudalrechte beantragt. Die preussischen Konservativen aber weichen verzweifelt an, damit ihnen auch nicht ein Lüftchen ihrer Rechte genommen wird. Sie wagen es, sich hinzustellen und von dem Versuch einer völligen Entrechtung ihrer Klasse zu sprechen. In Wirklichkeit sollen ihnen nur die Rechte, die sie sich angeeignet haben, die sie jahrelang dem Volk vorenthalten, genommen werden. Es sollen die Rechte in Preußen wenigstens einigermaßen gleichmäßig verteilt werden. In der Osterbotschaft ist deutlich ausgesprochen, daß für ein Klassenwahlrecht kein Raum mehr ist. Daraus folgt, das auch für ein Klassenparlament kein Raum mehr ist, daß nicht der Ausdruck der Stimmung des Volkes, sondern ein Zerrbild der Volksstimmung ist. Herr von der Osten hat den Untergang Preußens

an die Wand gemalt. Da müssen wir auseinanderhalten, ein modernes Preußen, das wir jetzt im Begriff sind zu schaffen und das alte Preußen. Dieses alte Preußen ist sehr stark, indem die Klasse, die durch das Wahlrecht zur Herrschaft gelangt ist, ihre Herrschaft in rückwärtssozialer Weise ausgenutzt hat. Der Staat, dessen Nachhabe vor allem dazu beigetragen haben, daß wir so wenig Freunde in der Welt besitzen. Wenn dies alte Preußen zusammenbricht und aus seinen Trümmern sich ein modernes Preußen erhebt, in dem sich jeder Staatsbürger wohl fühlt, wo es keine Herren und Knechte gibt, sondern nur freie Menschen, wenn wir an dem Zustandekommen eines solchen modernen Preußens mitarbeiten, dann werden unsere Kinder und Enkel uns das danken. Dafür haben die Konservativen natürlich kein Verständnis. Was Sie wollen, hat schon 1849 ein Graf Brexler mit folgenden Versen ausgedrückt:

Wir wollen Preußen bleiben
Der Teufel hol' das Treiben
Das Deutschland fabriziert
Und Preußen ruiniert!

(Heiterkeit.) Herr von der Osten hat uns geschilbert, welche Verdienste sich der preussische Landtag erworben hat. Demgegenüber verweise ich darauf, daß wir jetzt über einem Menschenalter einen vollständigen Stillstand jeder großartigen Reform in Preußen haben. Ich erinnere an die Kanalvorlage, an den Stillstand der Sozialpolitik, an die Wohnungsreform, an das Volksschul-, das Gesundheitswesen. Überall die Notwendigkeit zur Besserung, aber nirgends eine wesentliche Reform. (Sehr wahr! links.) Preußen hat stets auch die Reichsregierung scharf gemacht gegen Arbeiterforderungen für die Schutzpolitik usw. Die preussischen Junker, die Herr von der Osten als Idealisten hinstellte, die nur bestrebt seien, für das ganze Volk zu sorgen (Heiterkeit links.) haben es vorzüglich verstanden, sich auf Kosten des Volkes zu bereichern. Dieselben preussischen Junker, die jetzt von einer Einschränkung der Kronrechte sprechen, haben das Recht, Minister zu verlassen, auch ein Kronrecht von jeder für sich in Anspruch genommen. (Sehr wahr! links.)

Die Vorlage entspricht zwar nicht all unseren Forderungen, aber sie bedeutet doch einen großen Fortschritt. Leider wird die Allgemeinheit des Wahlrechts durch verschiedene Bestimmungen eingeschränkt. So bedeutet insbesondere die Verlängerung der Aufstufungsdauer am Orte eine Schädigung der Arbeiter. Zum mindestens muß hier eine Ausnahme für die Kriegsteilnehmer geschaffen werden. Die Bestimmung, daß dort, wo eine Gemeinde mehrere Wahlbezirke enthält, der Wähler ein Jahr im Wahlbezirk wohnen muß, bedeutet ein Ausnahmengesetz gegen Berlin, für das die Vorlage kein Wort der Begründung enthält. (Hört! Hört! links.) Bei den wertvollen Diensten, die die Frauen dem Vaterlande im Kriege geleistet haben, und da auch beim Wiederaufbau nach dem Kriege ihre Mitarbeit gar nicht zu entbehren ist, ist auch unsere weitere Forderung auf Gewährungen des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen

vollaus gerechtfertigt. (Sechste Zustimmung links.) Auch die Beibehaltung der jetzigen Wahlkreiseinteilung macht das Wahlrecht ungleich. Ferner halten wir fest an unserer Forderung der Beseitigung des Herrenhauses. Mindestens müßte seine Zusammensetzung wesentlich anders sein. Beseitigt der Reichstag die Arbeitstammern, dann könnten diese auch Arbeitervertreter für das Herrenhaus vorschlagen. Im anderen Fall könnten das die Arbeitnehmerbeisitzer in den Versicherungsausschüssen tun. Die Einschränkung des Stimmrechts, welche die dritte Vorlage bringt, dürfte sich kein Parlament gefallen lassen. Sonst kämen wir soweit wie Österreich mit seinem berühmten § 14. Dazu überhaup diese anderen Vorlagen? Sie erschweren nur das Zustandekommen der Wahlreform. Hier gilt es ganze, schnelle Arbeit zu leisten. Wir brauchen das gleiche Wahlrecht als ein Gebot der Gerechtigkeit und der Staatsnotwendigkeit. Preußen steht vor seiner wichtigsten Aufgabe seit seiner Umwandlung in einen konstitutionellen Staat. Das Ansehen der preussischen und deutschen Regierung hängt von der Lösung dieser Aufgabe ab. (Zustimmung links.) Wie würden auch unsere Feinde spotten und höhnen über eine Regierung, die nicht imstande wäre, den Widerstand der Junker zu besiegen und über das Volk, das nicht imstande wäre, seine Fesseln zu sprengen.

Ein Zuckel gibt es für die Regierung nicht. Nach ihrer Begründung der Vorlage kann sie den Faustschlag ins Gesicht, der eine Ablehnung bedeuten würde, nicht hinnehmen. Druck Königsberger Volkszeitung, 9. 12. 1918, Königsberg i. Pr.

(Sehr wahr! links.) Es bleibt dann nur der Weg über den Reichstag oder die Aufhebung der Wahlrechtsverordnung vom 3. Mai 1891. Ein Drittes gibt es nicht. Neuwahlen kann die Regierung nicht beantworten unter einem System, das dem Wahlgewinnler tausendmal mehr Recht gibt, als denen, die ihr Blut für das Vaterland vergossen haben. (Sehr wahr! links.) Das Ansehen der Krone wäre unumkehrbar verloren, wenn sie jetzt vor den preussischen Junkern die Waffen strecken müßte. (Beifälliger Beifall links.)

Die Frauen zur Wahlrechtsvorlage
Sozialdemokratische und bürgerliche Frauen haben in einem gemeinsamen Schreiben an sämtliche Fraktionen des preussischen Landtags dem Wunsche Ausdruck gegeben, empfangen zu werden, um von den Fraktionen selbst Aufschluß über ihre Stellung zum preussischen Wahlrecht zu erhalten. Zugleich geht eine Erklärung an alle Parlamente zugunsten des Frauenstimmrechts.

Erweiterung des passiven Gemeindevahlrechts
Die Gemeindefraktion des preussischen Abgeordnetenhauses hat den fortschrittlichen Antrag angenommen, der die Regierung um Vorlage eines Gesetzesentwurfs ersucht, durch den den Gemeindefunktionen, Volksschullehrern, Geistlichen, Kirchenbeamten, richterlichen Beamten, Beamten der Staatsanwaltschaft und den Polizeibeamten das passive Gemeindevahlrecht verliehen wird. Diese Beamtenkategorien sind jetzt von der Wählbarkeit zu den Gemeindevertretungen ausgeschlossen. — Ferner beschäftigte sich die Kommission mit einer Eingabe um Beseitigung der Klassenwahl und der öffentlichen Stimmentabgabe bei der Wahl zu den Gemeindevertretungen. Zu einer Beschlußfassung kam es hierbei nicht. Der Vertreter des Ministers des Innern erklärte, daß das Ministerium erst den Verlauf der Wahlrechtsdebatte im Landtag abwarten wolle.

Sind die Engländer reifer als die Preußen?
London, 7. Dezember. (Reuter.) Unterhaus. Die Wahlrechtsvorlage wurde in dritter Lesung angenommen. Durch das neue Gesetz erhalten so gut wie alle Männer, die ein Mindestalter von 21 Jahren erreicht haben, und alle Soldaten und Seeleute mit einem Mindestalter von 19 Jahren, das Wahlrecht. Außerdem werden die Frauen von 30 Jahren aufwärts wahlberechtigt. Auch die Wahlkreiseinteilung wird unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl abgeändert. Sind die Engländer wirklich ein Herrenvolk und die Preußen Knechte, daß man ihnen das gleiche Wahlrecht verweigern will?

Rußland

Die Friedensregierung vor dem Volke
Bern, 9. Dezember. „Daily News“ meldet aus Petersburg vom 7. Dezember: Der Volkskommissar Trocki erstattete in dem von der Menschenmenge überfüllten Zirkus Modern Bericht über die bisherige Tätigkeit der Volksregierung. Er führte aus, das Hauptproblem des Landes nach 8 Monaten der Revolution sei der Frieden. Zur Erreichung dieses Zweckes beseitigte man die Bourgeoisie-Regierung und Kerenski. Die erste Pflicht war das Angebot eines Waffenstillstandes an allen Fronten zur Herbeiführung des Friedens auf Grund der russischen Formeln, wonach jedes Volk durch Plebiszit selbst zu entscheiden habe, zu welchem Lande es gehören wolle. Trocki bemerkte, die Maximalkisten hätten am Anfang wenig Anhang gehabt. Jetzt hätten sie ganz Rußland hinter sich, mit Ausnahme der sich die Partei der nationalen Freiheit nennenden Kadetten, die in Wirklichkeit Feinde der Freiheit seien. Er besprach kurz das Verhältnis der Volksregierung zu den Allierten, wobei er bemerkte, Kerenski habe zu ihnen wie ein Bedienter zum Herrn gesprochen, aber man werde ihnen zeigen, daß sie mit der russischen Volksregierung auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verkehren haben. Sobald wir uns stark genug fühlen, machen wir namens des russischen Volkes einen Friedensvorschlag. Wir werden nicht einen diplomatischen, sondern einen Volksfrieden schließen, sobald unsere offene Politik Früchte tragen wird.

Russischer Staatsbankrott oder Entfall?
Unter dieser Überschrift schreiben die „Berl. N. N.“ zu der Meldung, daß die russische Regierung die Verzinsung und Amortisierung der im Ausland aufgenommenen Anleihen eingestellt hat, folgendes: Für die deutschen Interessen zu fürchten, liegt gar kein Anlaß vor, denn die deutsche Regierung ist in der Lage, sie nachdrücklich zu vertreten. Im übrigen dürfte es sich tatsächlich mehr um ein taktisches Manöver handeln, um Frankreich und England geneigt zu machen, an der Seite Rußlands in die Verhandlungen zu einem allgemeinen Frieden einzutreten. Die Veröffentlichung der Geheimdokumente war der erste Druck in dieser Richtung, dann folgte der Waffenstillstand und nun der Bankrott, an dem Frankreich mit etwa 24, England mit 12—14 und Amerika mit 10 Milliarden Mark beteiligt sein dürfte.

Frankreich
Revolutionsversuche in Frankreich?
Der „Kölnischen Zeitung“ wird von ihrem französischen Gewährsmann aus guter Quelle berichtet: „Im Mai und Juni d. J. wurde in Frankreich ein Revolutionsversuch gemacht. Das Schlagwort war von der Front ausgegangen, war bis in die hinter liegenden Lazarette gedrungen und an einem bestimmten Tage sollte die Revolution ausbrechen. Aus unbekannter Ursache wurde das verabredete Zeichen aber nicht gegeben. Die Soldaten, mit denen der Gewährsmann vertraulich darüber sprach, erklärten, die Sache sei nur aufgeschoben. Die Regierung ergriff scharfe Gegenmaßnahmen. Verheerend hat die Einstellung der Werbeposten in das Meer gewirkt. Dazu kommen noch dauernde Reibungen zwischen einzelnen Truppenteilen. Gegen die Russen namentlich richtet sich der Groll.“

Hierzu eine Beilage.
Verantwortlicher Redakteur J. Gehl. Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl. u. Co., Danzig.
Druck Königsberger Volkszeitung, 9. 12. 1918, Königsberg i. Pr.

Machen Sie Ihre Weihnachts- Einkäufe frühzeitig!

Obwohl wir durch Einstellung zahlreicher Hilfskräfte und Hilfskassen weitgehende
Vorsorge für die glatte Abwicklung des Verkehrs in unserem Hause Sorge getragen
und so eine sorgfältige Bedienung unserer Kundschaft jetzt gewährleisten können,
wird es uns doch nur dann möglich sein, jedem Wunsch gerecht zu werden, wenn
die Weihnachtseinkäufe nicht auf die letzten Tage verschoben werden. Außerdem
ist jetzt noch die Auswahl in allen unseren Abteilungen reichhaltig, während in den
letzten Tagen vor dem Fest überall zahlreiche Lücken, die in der jetzigen Zeit nicht
nachgefüllt werden können, vorhanden sein dürften.
Darum bitten wir Sie in Ihrem eigenen Interesse

**Sparen Sie Ihre Weih-
nachtskäufe nicht für
die letzten Tage auf!!**

Freymann

G. m.
b. H.

Sozialdemokr. Verein Danzig Stadt
Am 2. Weihnachtstfeiertag
im Etablissement Bürgergarten der Frau Steppuhn
Weihnachtsfeier
Reichhaltiges Programm:
Konzert, Theater und Gesangsvorträge
des Gesangvereins „Sängerbund“
Programme, welche zum Eintritt berechnen, im Vorverkauf
60 Pf., in den bekannten Bur'aus, Volkswacht und bei Sell
Zigarrenhandlung. An der Kasse 75 Pf.
Kinder unter 14 Jahren 20 Pf.
Anfang 4 1/2 Uhr nachm. Der Vorstand

Ertmann & Perlewitz
Holzmarkt 25/6 Danzig Holzmarkt 23
Manufaktur- u. Modewaren
Damen- und Herren-Konfektion
Wäsche-Ausstattungen

C. Bungenstock
Uhrmachermeister
Heiligegeistgasse Nr. 123
empfehlen sein grosses Lager in
Wand- und Taschenuhren
Ketten, Armbändern, Ringen, Broschen,
Ohrringen usw. in Gold, Silber und Doublet.
Preise billigst. Trauringe. Preise billigst.
Eigene Reparatur-Werkstätte im Hause.



Soeben ist Heft 10 der Neuen Zeit erschienen.
Aus dem Inhalt haben wir hervor:
Die Reform des bürgerlichen Wahlrechts. Von Paul Girsh.
Warenpreise und Arbeiterlöhne. Von H. Günger.
Zwei dringende Aufgaben der Parteifaktik. Von Hermann Brandt.
Das Gleichgewicht der Geschlechter. Von H. Woezlich.
Aus unserer Kucherei. Von Edgar Steiger.
Einzelheft 30 Pfennig.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Zu Gunsten des Kriegsliebesdienstes!

Die Feldgrauen für
die Feldgrauen!

Der Hias

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten

Über 100 Mit-
wirkende!

Täglich abends 7 1/2 Uhr
Sonntag, den 16. Dezember: 2 Aufführungen
3 1/2 Uhr und 7 Uhr.

Vorverkauf tägl. (auss. Sonntag) im Zigarrengeschäft Gebr. Wetzel, Langgasse 42. Telefon 601.

☛ Telefon-Bestellungen im Wilhelm-Theater nicht möglich!! ☛

Freifahrt auf sämtlichen Straßenbahn-Linien gegen Lösung einer Wilhelm-Theater-Fahrkarte.

Wer Gold bringt, erhält einen guten Freiplatz.

Wilhelm-Theater

Uhren
Große Auswahl
in Silber- u. goldenen Damen- u. Herrenuhren
Reparaturen in allen Preislagen
S. Lewy Nflgr.
Uhrmacher, am Breitgasse 28. 324

Schnupftabak
Julius Gosta, Rostfärbereigehöude
und Schnupftabakfabrik,
Danzig, Koll. Hältergasse 5 u. 7, Dreieckgasse 5. Fernr. 2428

**Arbeiter-
Notizkalender
1918**
Mit
den Worten
Sancti Martini, der
wahrhaftig größte ist
den Bedürfnissen der Ar-
beiter und der Kriegsgel-
tenge. Aufser dem reich-
haltig illustrierten Kalendar
Material und sonst wünsch-
enswerten Notizen werden
den Lesern herangezogen
zu werden: Die deutschen
Gemeinden vor und nach
dem Kriege. — Eine ganz
neue Karte. — Einziges
französisches Notizkalender mit
speziellerer Schicht.
— Karl Marx. — Die
Gemeinschaften im
Kriegsjahr
1918

Drucksachen
für Handel und Ge-
werbe sow. privaten
Bedarf liefert in ge-
schmackvoller, preis-
werter Ausführung
schnellstens in Flach-
und Rotationsdruck
Volkswacht
Danzig
Paradiesgasse Str. 32

**Trauer-
Hüte**
in
reicher
Auswahl
**Blusen
Handschuhe
zu billigsten
Preisen**
**Julius
Goldstein**
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Der Danziger Mieterverein
arbeitet erfolgreich gegen die Verteuerung der Wohnung
Witbürger! Helft uns dabei!
Werdet Mitglieder des Danziger Mietervereins
Anmeldungen: Danzig, Hansaplatz 2 b. IV. oder Langfuhr,
Hofschowstraße 12. Tel. 1930.
Jährlicher Mindestbeitrag 2,40. Postkassenkonto: Danzig 53
314 Der Vorstand
Geldlose Nummern der Volkswacht
werfe man nicht
achlos fort
sondern lasse sie uns noch Fernstehenden zukommen